

# Lipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Gesammtpreis pro Monat inkl. Bezugserlöhn 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bezugserlös 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen (Postleitzettel Nr. 4627) vierteljährlich 2,10 M., für 2 Monate 1,40 M., für 1 Monat 70 Pf. zzgl. Versandgeld.

**Redaktion:** Tauchaer Str. 19/21.  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung, Leipzig.  
**Telephon** 2721.  
**Sprechstunde:** 6—7 Uhr abends.

**Abonnementenpreis** werden die 5gebastete Zeitzeile oder deren Raum mit 25 Pf. für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf. berechnet. Schwieriger Soz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Abonnementen für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Abonnementen können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 19/21. Geschäftsstatt 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

## Aus dem Reiche des Friedenszaren.

\* Leipzig, 20. März.

XXX Über die letzten Begebenheiten in Moskau, Petersburg und Kiew liegen nunmehr Nachrichten von Augenzeugen vor. Wir glauben den Lesern der Volkszeitung am besten gedient zu haben, wenn wir diese hier ohne weitere Kommentare, die den Eindruck nur abschwächen könnten, zu Wort kommen lassen.

Die Ereignisse in Moskau erhalten folgende Charakterisierung. Ein Teilnehmer schreibt: „... Als die Vorlesung aufhörte, ging man in die Aula. Der Hof war schon voll von Studierenden. Auf der Straße standen Polizeikolonnen. Passanten, die den Anordnungen der Polizei nicht auf der Stelle Folge leisteten, wurden festgesetzt. Inzwischen spielte sich ein Kampf ab zwischen den Anhängern des politischen Programms und denjenigen, die sich nur auf die Forderungen akademischen Charakters befördern wollten. Er fiel zu Gunsten der ersten aus, denn die Abstimmung ergab für diese 650 Stimmen, für jene nur 150. Die Überstimmen verließen nunmehr den Saal, wurden aber von der Polizei abgeführt und verhaftet. Die in der Aula gebliebenen beschlossen, hier bis zum anderen Tag zu bleiben, weil für diesen Tag eine Manifestation der Arbeiterschaft erwartet wurde. Neben dem Porträt Nikolai II. wurde eine rote Fahne mit der Inschrift „Freiheit“ ausgehangt. Ungefähr um 1 Uhr nachts wurden die Thüren von der Polizei aufgebrochen, es traten Soldaten unter Gewehr und Feuerwehrleute mit brennenden Fackeln ein. Den Umzingelten gab man nun 15 Minuten Zeit, sich zu überlegen, ob sie sich übergeben wollten. Nach kurzer Diskussion und nachdem die Flugblätter durch die Fenster hinausgeworfen worden waren, ergab man sich. Die 517 Verhafteten wurden auf die Straße hinausgeschafft, hier in Kolonnen verteilt und unter einem starken Convoy der Sumpfsoldaten in das Gefängnis verbracht. Auf der Straße waren nicht weniger als 300 Personen verhaftet worden. Man hielt sie den ganzen Tag und die Nacht ohne Nahrungsmittel.“

In einem aus dem Bulikoff-Gefängnis geschriebenen Brief heißt es: „Die Arrestierten wurden zu uns partienweise gebracht, teils in Droschen, teils zu Fuß. Im ganzen werden es wohl tausend Personen sein, von ihnen etwa 700 Studenten und 80 Studentinnen. Die Uebrigen sind Leute verschiedener anderer Berufsklassen. In den ersten Tagen erlaubte man keinem sie zu besuchen, auch gestattete man ihnen nicht Wäsche und Bücher zu übergeben. Als 184 Personen deswegen den Hungerstreik proklamierten, gab die Gendarmerie nach. Am 1. März erschien in dem Gefängnis der Prokurator mit dem Gendarmeriechef und teilten mit, daß die aus der Straße Verhafteten zu Freiheitsstrafen von 8 Tagen bis zu 3 Monaten verurteilt werden seien. Diejenigen, die in der Universität festgenommen worden sind, soll die Deportation nach Siberien treffen.“

Die in der Versammlung angenommene Resolution lautete: „In Erwagung, daß die gegenwärtige außerordentliche Lage mit einer Folge des russischen Systems der Rechtlosigkeit überhaupt ist, geben wir die Illusionen des akademischen Kampfes für alle Seiten auf und erheben die Fahne der allgemein politischen Forderungen. Wir sind davon überzeugt, daß eine ordnende Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens nur dann möglich ist, wenn die ganze politische und soziale Struktur auf Grundlagen des öffentlichen Rechts der Periodizität umgebildet wird. Wir sind davon überzeugt, daß sich das russische Leben um keinen Schritt vorwärts entwideln wird und daß die besten Kräfte der russischen Gesellschaft vernichtet werden, solange diese Forderung nicht erfüllt ist. Wir verlangen daher: 1. Unverletzlichkeit der Person, 2. Freiheit der Presse, 3. Freiheit des Gewissens, 4. Freiheit der Versammlung und der Koalition, 5. Verantwortlichkeit der Verwaltungspersonen, 6. Zulassung der Frau zum Universitätsstudium, 7. gleiche Rechte für alle Nationalitäten, 8. Zugänglichkeit der Bildung. Mit den Arbeitern fordern wir für sie den Achtstundentag und das Streikrecht. In Erwagung, daß von der Regierung eine Reorganisation der gesellschaftlichen Struktur Russlands nicht zu erwarten ist, wenden wir uns an alle, die ihre politische Reise beweisen wollen, mit dem Hinweis, daß es Zeit ist eine Konstituante einzuberufen. Unser politisches Programm zwingt uns, unseren Protest auf die Straße zu tragen, wo wir zusammen mit der

ausbewohnt werden und vernichteten diese. Um sich nötigenfalls verteidigen zu können, wurden die Thüren, die zu der Aula führen, zugengeschlossen und aus Möbeln Vorralden aufgebaut. Aus dem Fenster wurde eine rote Fahne mit der Inschrift „Freiheit“ ausgehangt. Ungefähr um 1 Uhr nachts wurden die Thüren von der Polizei aufgebrochen, es traten Soldaten unter Gewehr und Feuerwehrleute mit brennenden Fackeln ein. Den Umzingelten gab man nun 15 Minuten Zeit, sich zu überlegen, ob sie sich übergeben wollten. Nach kurzer Diskussion und nachdem die Flugblätter durch die Fenster hinausgeworfen worden waren, ergab man sich. Die 517 Verhafteten wurden auf die Straße hinausgeschafft, hier in Kolonnen verteilt und unter einem starken Convoy der Sumpfsoldaten in das Gefängnis verbracht. Auf der Straße waren nicht weniger als 300 Personen verhaftet worden. Man hielt sie den ganzen Tag und die Nacht ohne Nahrungsmittel.“

In einem aus dem Bulikoff-Gefängnis geschriebenen Brief heißt es: „Die Arrestierten wurden zu uns partienweise gebracht, teils in Droschen, teils zu Fuß. Im ganzen werden es wohl tausend Personen sein, von ihnen etwa 700 Studenten und 80 Studentinnen. Die Uebrigen sind Leute verschiedener anderer Berufsklassen. In den ersten Tagen erlaubte man keinem sie zu besuchen, auch gestattete man ihnen nicht Wäsche und Bücher zu übergeben. Als 184 Personen deswegen den Hungerstreik proklamierten, gab die Gendarmerie nach. Am 1. März erschien in dem Gefängnis der Prokurator mit dem Gendarmeriechef und teilten mit, daß die aus der Straße Verhafteten zu Freiheitsstrafen von 8 Tagen bis zu 3 Monaten verurteilt werden seien. Diejenigen, die in der Universität festgenommen worden sind, soll die Deportation nach Siberien treffen.“

Die in der Versammlung angenommene Resolution lautete: „In Erwagung, daß die gegenwärtige außerordentliche Lage mit einer Folge des russischen Systems der Rechtlosigkeit überhaupt ist, geben wir die Illusionen des akademischen Kampfes für alle Seiten auf und erheben die Fahne der allgemein politischen Forderungen. Wir sind davon überzeugt, daß eine ordnende Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens nur dann möglich ist, wenn die ganze politische und soziale Struktur auf Grundlagen des öffentlichen Rechts der Periodizität umgebildet wird. Wir sind davon überzeugt, daß sich das russische Leben um keinen Schritt vorwärts entwideln wird und daß die besten Kräfte der russischen Gesellschaft vernichtet werden, solange diese Forderung nicht erfüllt ist. Wir verlangen daher: 1. Unverletzlichkeit der Person, 2. Freiheit der Presse, 3. Freiheit des Gewissens, 4. Freiheit der Versammlung und der Koalition, 5. Verantwortlichkeit der Verwaltungspersonen, 6. Zulassung der Frau zum Universitätsstudium, 7. gleiche Rechte für alle Nationalitäten, 8. Zugänglichkeit der Bildung. Mit den Arbeitern fordern wir für sie den Achtstundentag und das Streikrecht. In Erwagung, daß von der Regierung eine Reorganisation der gesellschaftlichen Struktur Russlands nicht zu erwarten ist, wenden wir uns an alle, die ihre politische Reise beweisen wollen, mit dem Hinweis, daß es Zeit ist eine Konstituante einzuberufen. Unser politisches Programm zwingt uns, unseren Protest auf die Straße zu tragen, wo wir zusammen mit der

Arme der Arbeiter unsere Forderungen, wenn es sein muß mit Gewalt, verteidigen werden.“ Dem Beschuß der Versammlung zufolge, wird diese Resolution mit einer eingehenden Motivierung dem Ministerium überhandt.

Über das Blutbad in dem „Volkshaus“ Nikolai II. in Petersburg seien folgende Thatsachen mitgeteilt: Die Polizei hatte in Erfahrung gebracht, daß die Studenten am Stiftungstage der Universität im Volkshaus eine Demonstration zu veranstalten beabsichtigten und war dort schon früh in großer Stärke erschienen. Als die Proklamationen zur Verbreitung kamen, stürzten die Polizisten in den Saal. Am Hauptausgang postierten sich die in den Diensten der Polizei stehenden Hausmeister und ließen nur Nichtstudierende heraus. In dem Theatersaal blieben schließlich fast nur Studenten in einer Zahl von etwa 200. In der Garderobe hatte das Gewühl schon begonnen. Man hörte das Weinen von Frauen und entsetzte Männerstimmen. Plötzlich erscholl aus dem Mittel der Hausslechte (Dworniki) der Ruf: „Was wartet Ihr? Schlagt los!“ und wie auf ein verabredetes Zeichen begann das Blut. Aus der Menge griff man einen Studenten nach dem andern und führte ihn unter furchtbaren Schlägen in ein Nebenzimmer. „Mein Begleiter“, schreibt ein Augenzeuge, „wurde unter dem Eindruck der grauslichen Scenen fast ohnmächtig. Besonders sichtbar wirkte der Moment, da unter dem Faustschlag eines Polizisten das Gesicht einer Studentin von Blut überströmte. Viele Polizisten hielten die Handschuhe rot von Blut. Geschrei, Schreien, das Winnern, das Kinder füllte den Saal. Mir gelang es schließlich, durch den Bühnenraum zu entkommen, ich befand mich im Alexanderpark. Hier sah ich dieselbe Mehlzeit. Studenten, die sich verzweigt hatten und hier ihre Kameraden erwarteten, wurden von berittenen Polizisten umzingelt und mit Knüten geschlagen. Ich sah, wie das Publikum und die Studenten vergebens aus dem Park heraustraten und an allen Ausgängen standen Polizisten und trieben sie zurück. Ich versuchte, in mehrere Alleen einzuziehen, immer und immer stieß ich auf Mengen, die mir entgegenliefen, von Polizisten mit Knüten verfolgt. Als ich wieder vor dem Theater stand, sah ich, daß die Thüren schon geöffnet waren und das dort noch gebliebene Publikum ohne Oberkleider und Kopfbedeckung herausströmte. Ich sah, wie Frauen weggeführt wurden, ich weiß nicht, waren sie ohnmächtig oder verwundet, ich sah in den Schreien hinausgetriebene Kinder, die in ihrer Angst die Händen rangen und weinten. Nach dem, was ich hörte, konnte ich annehmen, daß von den Studenten so ziemlich schon alle verhaftet waren.“

Ein anderer Augenzeuge schreibt: „Die Polizei hatte sich rechtzeitig vorbereitet. In dem Saal des Volkshauses waren bis 200 Hausmeister untergebracht, denen man jedem 20 Kopeken gegeben und Gratifikation versprochen hatte, wenn sie ihre Sache gut machen sollten. Wie sie selbst später wahrnahm, hatte man ihnen auch täglich zu trinken gegeben und sie bereitet, sie sollten nur fest loschlagen. In dem Saal waren ebenfalls Hausmeister untergebracht, von ihnen waren auch verschiedene als Studenten verkleidet. Um 10%, Uhr war die Vorstellung zu Ende, und das Orchester spielte wie üblich die Barenymne. In diesem Augen-

## Seuilleton.

Magazin verboten.

## Ehepaar Orlow.

Von Maxim Gorjki.

Übersetzt von Michael Teofanoff.

Der Arbeiter muß trinken, nur mäßig natürlich, aber zur Zeit ist es besser, sich ganz des Trinkens zu enthalten. Habt Ihr gehört, was für eine Krankheit unter den Menschen herrscht?“

Und er fing gleich mit einem ernsten Gesichtsausdruck an, den Orlows in leichtsäuerlicher Weise von der Cholera und den Maßregeln des Kampfes gegen sie zu erzählen. Er sprach und ging im Zimmer herum, bald fühlte er mit der Hand die Wand an, bald schaute er hinter die Thüre, in die Ecke, wo das Waschbecken hing und das Spülfaß stand, bückte sich sogar unter den Ofen und schnüffelte, wonach es dort röste. Seine Stimme schwieg ab und zu vom Bass in Tenor über und seine schlichten Worte schienen sich den Zuhörern mühevlos, von selbst, eins nach dem anderen, fest ins Gedächtnis einzuprägen. Seine hellen Augen flammten und er selbst war ganz von dem Eifer seiner jungen Leidenschaft für die Sache, der er so einfach und kräftig diente, durchdrungen.

Grigorij verfolgte ihn mit einem neugierigen Lächeln. Matrena stieß dann und wann den Atem durch die Nase, der Polizeibeamte war verschwunden.

„Also den Kaff besorgt heute noch, ihr lieben Leute. Hier neben Euch wird gebaut, da werden die Maurer Euch für fünf Kopeken geben, so viel Ihr wollt. Aber

das unmäßige Trinken muß man lassen, Herr Wirt... Nun, vorläufig auf Wiedersehen... Ich werde noch einmal bei Euch vorsprechen...“

Und er verschwand ebenso schnell, wie er gekommen war und ließ wie ein Zeichen der Erinnerung an seine lachenden Augen ein verlorenes und zufriedenes Lächeln auf den Gesichtern der Eheleute Orlow zurück. Einen Augenblick schwiegen sie, schauten einander an und waren noch nicht im Stande, dem durch diesen unerwarteten Einfall einer selbstbewußten Energie in ihr dunkles, automatisches Leben hinterlassenen Eindruck einen Ausdruck zu verleihen.

„Aye—je!“ sagte Grigorij gedehnt und schüttelte den Kopf. „Das ist also... ein Chemiker! Und von denen sagt man, daß sie das Volk vergiften! Ja, wird denn ein Mensch mit so einem Gesicht sich mit so etwas abgeben? Und dann auch die Stimme! Und alles andere... Nein, das ist eine ganz offene Art, kommt herein und mit einem Male gleich — da habt ihr mich, so wie ich bin! Naß... ist denn das schädlich? Citronensäure... was ist es? Einfach Säure und weiter nichts! Und hauptsächlich — Reinlichkeit ist dann überall, in der Luft und auf der Diele und in dem Spülfaß... Kann man denn mit solchen Mitteln den Menschen vergiften? Ach, ihr Teufel! Giftmischer sagt man... So ein offener Vorsche, ah? Pfui! Der Arbeiter, sagt er, muß immer mäßig trinken... hört Du, Matrena? Nun, gieß mir mal ein Gläschen ein... ist etwas da?“

Sie gieß ihm sehr bereitwillig eine halbe Tasse Schnaps aus der Flasche, die sie aus einem Versteck genommen hatte, ein.

„Dieser ist wirklich gut... er nimmt einen so für sich ein,“ sagte sie und lächelte bei der Erinnerung an

den Studenten. „Die anderen aber, die übrigen — wer weiß? Vielleicht sind sie auch wirklich angestellt...“

„Ja, wozu sind sie angestellt und wiederum von wem?“ rief Grigorij aus.

„Zur Vertilgung der Menschen... Man sagt, daß der armen Leute zu viel sind, so ist die Anordnung getroffen — die überflüssigen zu vertilgen,“ teilte Matrena mit.

„Wer sagt das?“

„Alle sagen es... Die Köchin bei den Malern sagt es und viele andere...“

„Dummlopfe! Ja, welchen Vorteil hat man denn davon? Denkt nur nach: man kuriert! Wie soll man das verstehen? Man begräbt! Ist das denn nicht aber ein Verlust? Es ist doch ein Sarg nötig, ein Grab und manches andere... Alles geht auf Kosten der Krone... Blödsinn! Wenn man eine Reinigung und Verminderung der Menschen vornehmen wollte, dann würde man welche nehmen und sie nach Sibirien verschicken — dort ist für alle Platz genug! Oder auf menschenleere Inseln... Und wenn man sie verschickt hätte, hätte man beföhnen, dort zu arbeiten. — Arbeitet und zahle die Steuern... hast Du verstanden? Da hast Du die Reinigung und sie ist sogar sehr vorteilhaft... Weil eine menschenleere Insel kein Einkommen geben wird, wenn man sie nicht mit Menschen befüllt. Der Krone aber — ist das Einkommen die Hauptfache, also Menschen zu töten und sie für Rechnung der Krone zu beerdigen, wäre Unsinn von der Regierung... Hast Du verstanden? Und wiederum der Student... ein Raubbold ist er wohl, das stimmt, er ist mehr da wegen eines Aufzugs, aber nicht um Menschen zu vertilgen... nei—, den kaufst Du nicht für bares Geld



**Deutsches Reich.**

Parlamentsberichte.

Aus dem preußischen Landtag.  
Berlin, 19. März. Heute hielten beide Kammern des Landtages Sitzungen ab.

Das Herrenhaus trat nach einer Pause von über zwei Monaten wieder zusammen und nahm nicht weniger als 13 Vorlagen fast ohne Debatte in noch nicht ganz zwei Stunden an. Morgen wird sich das Haus u. a. mit dem Antrag des Großen Mirbach auf Heraushebung des Fideikommisstempels und mit dem Gesetzentwurf betr. Erwerb von Bergwerksrechten für den Staat befassen.

Im Abgeordnetenhaus wurde zunächst der Kultusstaat zu Ende beraten. Bei der Debatte über das Medizinalwesen unternahm der Abg. Gläsel (nat.-lib.) einen Vortrag gegen die Krankenkassen, indem er betonte, daß das Verhältnis der Arzte zu den Krankenkassen zu Unzuträglichkeiten gejährt habe. Die Honorierung der Arzte sei viel zu gering; auch sei es schon vorgekommen, daß Krankenkassen sich in den Dienst politischer Bestrebungen gestellt haben. Redner regte an, man möge den Kreisärzten eine autoritative Stellung gegenüber den Krankenkassen einkräumen. Eine Antwort erfolgte auf diese Anerkennung ebenso wenig, wie auf die des Abg. v. Savigny (Centr.), daß die Kreisärzte ihre Thätigkeit aus dem Gebiet der Wohnungsphygiene ausdehnen möchten.

Hierauf begann die erste Sitzung der Sekundärbahnsvorlage. Wie alljährlich bei dieser Gelegenheit, so erklangen auch heute wieder Klagen über die zu hohen Leistungen für den Grundverkehr, die der Staat den Kreisen, in denen neue Wohnen gebaut werden sollen, auferlege, über die zu grosse Sparmaßnahmen in Bezug auf Eisenbahnbauten, über die Bevorzugung des Westens vor dem Osten und über die Schwierigkeiten, die die Regierung bei der Erteilung von Konzessionen zu Eisenbahnen an Private bereite. Minister v. Thielman wies alle diese Klagen als unbegründet zurück.

Nicht mit Unrecht tadelte Abg. Graf Rauch (kons.), daß die Regierung immer noch nicht die ostpreußische Südbahn für den Staat erworben habe, obwohl gerade jetzt so niedrige Dividenden gezahlt würden, daß der Erwerb zu günstigen Bedingungen erfolgen könnte. Im übrigen wurden nur lokale Wünsche vorgebracht.

Morgen wird die Beratung fortgesetzt.

\* Berlin, 20. März. Zu der Meldung der Nationalsozialen Korrespondenz, daß die Stellung des Bundesrats in der Staatsfrage eine ablehnende sei, wiederholte die Nationalsozialistin, daß eine Lösung dieser Frage im Bundesrat bisher nicht gefunden worden, sondern erst nach Ostern zu erwarten sei. —

Zum Präsidenten des Reichsamts für Privatversicherung an Stelle des verstorbenen Dr. v. Woedke ist nach einem Berliner Blatt nunmehr Geh. Oberrechnungsrat Grüner ernannt. —

Die Berliner Neuesten Nachrichten wollen in der Lage sein, auf Grund zuverlässiger Informationen feststellen zu können, daß einer Aktion der Berliner städtischen Behörden, eine Protestkundgebung der deutschen Städte gegen den Bollart zu inszenieren, keine Rede sein könne. Es handle sich nicht um ein offizielles, sondern um ein rein persönliches Unternehmen. Eine Anzahl von Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern, darunter der Oberbürgermeister von Berlin, beschäftigen, keineswegs die deutschen Städte als solche, sondern Mitglieder aus deren Verwaltungen, zu Ostern und Pfingsten nach Berlin zu einer Versammlung einzuladen, um gegen den im Reichstag vorliegenden Bollartentwurf Stellung zu nehmen. Ein solches Privatunternehmen könne den staatlichen Ausschreibungsbehörden, falls dabei keine Unregelmäßigkeiten vorlägen, keinen Anlaß zum Einschreiten geben. Es müßte denn sein, daß einzelne Städte, gegen die Absicht der Veranstalter, die Beteiligung zum Gegenstand der Beschlussfassung ihrer kommunalen Abverschafsten machen, oder unbedingt die Versammlung aus Gemeindemitteln unterstützen sollten.

**Nichts von Verträgen, nichts von Übergabe** will die Deutsche Tageszeitung, die Vorläuferin agrarischer Unverschämtheit wissen. Sie schreibt:

Wenn jemand jetzt Veranlassung hat, seinen Standpunkt aufzugeben und Nachgiebigkeit zu beweisen, so ist es nicht die Weisheit der Bollartkommission, sondern die Regierung. Thut sie das nicht, so können wir mit ziemlicher Bestimmtheit sagen, daß ihre Aktion vergeblich sein wird. Man sehe doch einmal die Verhältnisse mit selber nüchterner Gelassenheit an! So weit zu gehen, wie die Regierung es verlangt, wird einem erheblichen Teile der Kommissionsschmeichelei schlechthin unmöglich sein. Sollten Versuche gemacht werden, die Kommission auf den Standpunkt des Regierungsentwurfs zurückzubringen, so würde ein Teil der Mehrheit diese Versuche nicht mitmachen können und demzufolge die Weisheit sich in eine Minderheit verwandeln. Es würde also positiv nichts erreicht, ganz abgesehen davon, daß die Obstruktion der Linken mit gleicher Scharfe gegen den unveränderten wie gegen den veränderten Bollart eingesehen würde. Und glaubt jemand ernstlich, daß Reichstag und Regierung die Entschlossenheit und die Nerven zeigen würden, die dazu gehören, um eine solche Obstruktion mit der gebotenen Rücksichtslosigkeit niederzuweisen?... Politiker, die sich bei solcher Sachlage lästlich unterwerfen, verlieren dadurch aufs bestreite, es ist genauso in mein zu merken. Wir hatten uns vorgenommen, in dieser Weisheit unsere Fehler möglichst mit Bollartfragen zu verschonen, da bei ihrer Erörterung jetzt wenig Greifbares herauskommen kann; wir halten uns aber doch für verpflichtet, gegenüber den angebauten Verhängnissen nochmals mit unzweckhafter Deutslichkeit herzugeben, daß wir für eine Verständigung, die tatsächlich keine Verständigung, sondern nur eine Unterwerfung ist, niemals und unter keinen Umständen zu haben sein werden.

Dieso besser!

**Ausweisung polnischer und russischer Studenten aus Preußen.** Die Berliner Polizei hat in den letzten Tagen etwa 40 russische und polnische Studenten, die sich „mizliebig“ gemacht haben sollen, ausgewiesen. Mizliebig sind diese jungen Leute der preußischen Regierung, weil sie Gegner des Verwaltungssystems sind, das in den östlichen Provinzen des Polen gegenüber grüßt wird, mizliebig sind sie aber auch der russischen Regierung, weil sie im Auslande mit modernen Ideen im Verhürtung kommen und ihre guten russischen Unterhändler leicht gefährdet werden. Die russische Regierung trägt sich mit der Absicht, der studierenden Jugend die Weiterbildung im Auslande zu erschweren, indem sie die Gebühren für Auslandsplätze ins Ungeheuer erhöhen will. Die preußische Regierung kommt dem Petersburger Kollegen zu Hilfe, indem sie die russischen Studenten aus dem Lande jagt. Der preußische Biedermann und der russische Kosak halten zusammen.

Den achtzehnten März begann der braunschweigische Landtag in äußerst würdiger Weise durch eine Demonstration für Polizeiaffäre und Sozialistenverfolgung. Bei der Fortsetzung der Debatte über die hässlichen Polizeiabrechen fand sich ein Abgeordneter, der sich für die persischen Spiegeleien begeisterte, die der Polizeiminister lagt an vor als „sittlich verwerflich“ gekennzeichnet hatte, und die Polizei förmlich einlud, an der Einwohnerchaft gelegentlich einmal ihr Mütchen zu fühlen. Ein Polizeipascha konnte nicht übermäßiger und wegwesender von der versuchten Unterthanenlaune sprechen, als hier in einem sogenannten Parlament von einem Vertreter der Bürgerschaft geschehen ist. Dieser bürgerliche Vertreter heißt Herr Ries; er war in jungen Jahren einmal, als es ihm noch schlecht ging, roter Demokrat und sogar Sozialdemokrat gewesen; heute ist er Schriftsteller und Sozialistenverfolger im Westenlaufenformat. Er bekannte sich zu dem vormaligen Grundsatz, daß „wenn durch die Polizei gelegentlich einmal Übergriffe vorkommen, sich die Ulitzer dies gefallen lassen müssen, die Polizei darf deshalb nicht attackiert werden, wenn sie nicht offenbar im Unrecht sei.“ Sehr erbärmlich; und doppelt erbärmlich, wenn solche vorübergehende Staatsweichen am Gedenktag der deutschen Revolution in einem deutschen Landesparlament gepredigt werden. Ein Thatsachenbeweis, daß das deutsche Bürgertum seine Revolution überhaupt noch nicht erlebt hat und daß Deutschland bis heutigen Tags noch bis über die Ohren im Vormärz steckt.

Die Reichstagswahl in Breslau-West findet am heutigen Donnerstag statt. Am Jahre 1898 siegte Schoenlau im ersten Wahlgange mit 14896 Stimmen von 27890. Die Zahl der Wahlberechtigten betrug 41997. Gegen den Sozialdemokraten wurden abgegeben 5598 freiländige Stimmen, 4363 nationalliberale, 2484 Centrums-, 58 konservative, 509 antisemitische und 46 zerstreute Stimmen. Diesmal stimmt die Centrumspartei von vornherein für den konservativen Kandidaten. Außerdem beweisen sich die Freisinnigen und die Antisemiten um das Mandat.

Von der Reichstagswahl in Nassenburg-Gerdauen liegt noch immer das vollständige Ergebnis nicht vor. Nach der letzten Meldung, die vom 19. März datiert ist, hat v. Nauert (kons.) 9546, Duly (freis.) 4805 und Ebbardi (Soz.) 3818 Stimmen erhalten. Die 8 noch fehlenden ländlichen Wahlbezirke werden voraussichtlich an dem Ergebnis der Wahl v. Nauerts nichts ändern.

Die fortgesetzte Zählung hat also einen weiteren Zuwachs der sozialdemokratischen Stimmen ergeben. Und das, trotzdem es während der ganzen Wahlcampanie nicht möglich war, eine sozialdemokratische Versammlung abzuhalten.

Eine jüngere Kraft wird gesucht, die einer förmlichen Durchlaucht die Mühe des Durchfallens abzunehmen bereit ist. Fürst Herbert Bismarck ermächtigt das Gentiner Wochenblatt zu der Erklärung, er verzichte auf eine Wiederwahl in den Reichstag nur dann, wenn sich eine jüngere Kraft, die das Mandat mit Erfolg vertreten könne, finde. Andernfalls wolle er, falls die Wähler ihm ihr Vertrauen bewahren, seine Kandidatur aufrecht erhalten.

Wenn es sein muß, will Herbert aber auch höchst eigenhändig durchfallen. Heran, opferwillige Patrioten!

gh. Die Behandlung deutscher Reichsangehörigen durch die russischen Behörden in Russisch-Polen wird immer standalauer. Besonders schroff geht man gegen dieselben vor, die trotz Widerholter Ausschreibung wiederkehren. So wurde in den letzten Tagen der preußische Staatsangehörige, der 21jährige Maler Polakowski zu vier Jahren Arrestantenrolten (schlimmer als das deutsche Buchenwald) und lebenslänglicher Verbannung nach Sachalin verurteilt. Er war dreimal aufgedenkt worden, lehrte aber zu seiner in Warschau wohnhaften Familie wieder, weil er in Preußen seine Arbeit fand. Die über den Unglücklichen verhängte Strafe ist so barbarisch — erfahrungsgemäß halten nur wenige vier Jahre in den russischen Arrestantenrolten aus — daß die russischen Behörden alle Veranlassung haben, der russischen Regierung Vorhaltungen zu machen.

Bulekt ist uns ein Fall bekannt geworden, in dem der preußische Staatsangehörige Schlosser Richard Wengler auf dem Warschauer Magistrat von einem Dutzend Polizisten fürchterlich mißhandelt wurde. Wengler war wegen Teilnahme an einem Streik in Warschau ausgewiesen worden, lehrte aber gleichfalls zurück. Man nahm ihn aber bald fest und beschuldigte ihn in Warschau, daß er das Attentat auf den Direktor der Kontrolle der Warschau-Wiener Eisenbahn verübt habe. Die Behörde nimmt an, daß die Verbindung des Direktors ein Nachteil organisierten Arbeiters ist. Auf dem Magistrat wollte man W. durch Schläge ein Geständnis abpressen. Es fehlt aber jeder Anhalt zum Verdacht und Wengler wurde in Ketten zur Grenze transportiert.

Alte politische Nachrichten. In Hamburg lebte gestern der Präsident der Bürgerischen Hürlichen seine Wiederwahl ab, weil er nur 88 Stimmen erhalten hatte und 49 weiße Zettel abgegeben wurden. Die Linke hatte weiße Zettel abgegeben, weil sie den ersten Vizepräsidenten für sich beanspruchte, die Rechte und das Centrum ihr aber nur den zweiten Vizepräsidenten bewilligten. Die Linke verließ den Saal, so daß es fraglich ist, ob Dr. Weg, der zum zweiten Vizepräsidenten gewählt wurde, die Wahl annimmt. — Gestern wurde in Paris die internationale Konvention zum Vogelschutz unterzeichnet, welcher Deutschland, Frankreich, Österreich-Ungarn, Spanien, Portugal, die Schweiz und Griechenland beigetreten sind. — Der deutsche Gesandte in Washington v. Solleden, dessen Name durch den Witte-Scandal augenblicklich viel genannt wird, hat den Roten Adler-Orden erster Klasse mit Ehrenlaus verliehen erhalten.

**Aus dem deutschen Kolonialgebiet.**

Die Grauel von Kamerun.

Die Nationalzeitung meldet aus Kamerun: Wie wir hören, ist Oberleutnant Nolte, ein verdienter und in kolonialen Kreisen geschätzter Offizier, der schon seit dem August 1896 der Schutztruppe angehört, ein Opfer der Eingeborenen geworden. Nähere Mitteilungen über seinen Tod liegen uns zur Stunde noch nicht vor; der neue Verlust der kleinen Schutztruppe nach den vielen Opfern des letzten Jahres erinnert aber wieder daran, wie wenig befriedigend immer noch die militärisch-politischen Verhältnisse in der Kolonie sind, und daß es angestrengter Arbeit bedarf, um hier endlich denjenigen Grad von Sicherheit zu schaffen, der in unseren anderen Kolonien schon zum größten Teil erreicht ist. Beider haben gerade in Kamerun, wo unter den vorhandenen Verhältnissen ein doppelt vorsichtiges, einwandfreies Verhalten der anfänglichen Europäer dringend geboten wäre, einige in wichtigen wirtschaftlichen Stellungen befindliche Deutsche in letzter Zeit diese Weise gegen die Eingeborenen vergangen. Ein Teil

der Schuldigen ist bereits, nach der Heimat überführt, zu entsprechend schweren Strafen verurteilt worden. Ein weiterer, höchst unerquicklicher Prozeß steht noch bevor.

Nachdem es in Kamerun schon bis zum Brüllen der Einwohner durch die Träger der christlich-deutschen Kultur gekommen ist, kann von dort kaum eine Nachricht kommen, die noch überrascht!

**Oesterreich-Ungarn.**

Aus dem Abgeordnetenhaus. — Gemeinderatswahlen.

Wien, 19. März. In Beantwortung der Interpellationen des Abgeordneten Breiter betreffend mehrere gegen den persischen Gesandten erhobene Anschuldigungen erklärt Ministerpräsident v. Koerber, nach den eingeholten Informationen entsprechen die in einer Wiener Zeitschrift erschienenen Behauptungen nicht den Thatsachen. Er könne namentlich der Behauptung des geschäftsmäßigen Verkaufs von persischen und österreichischen Orden seitens des persischen Gesandten mit aller Entschiedenheit entgegenstehen. Bezüglich des Gesetzes des angeblich beabsichtigten Erwerb des freiherrlichen Standes für den ungarnischen Rentier Schlossberger dem persischen Gesandten geschicktes Schreiben zwischen dem persischen Gesandten und den Erben Schlossbergers ein Prozeß, der in die Angelegenheit Karthago bringe werde. Der Ministerpräsident erklärt, er halte es angehängt der Schwere der vorgebrachten Angriffe für seine Pflicht, diese zurückzuweisen und sei der Ansicht, daß unverbißte Gerichte keinen Anlaß bieten könnten, den Vertreter einer befriedeten Macht zum Gegenstand verlebender Angriffe zu machen.

Das Haus nahm sodann in dritter Lesung das Budgetprovisorium an und beriet den Titel Hochschulen weiter. Unterrichtsminister v. Hartel erklärte, die Regierung sei bestrebt, nach Maßgabe der vorhandenen Mittel den berechtigten Wünschen nach Ausgestaltung des Hochschulwesens nachzukommen, doch würde die Erfüllung der auf Neuerrichtung von Hochschulen gerichteten Wünsche durch die nationalen Gegenstände wesentlich erschwert. Schritte, welche eine Aussöhnung der Parteien er schweren könnten, müssten vermieden werden. Die Errichtung der tschechischen Technik in Brünn auf Grund der Vollzugs gewalt sei in Übereinstimmung mit der Verfassung erfolgt.

Der Titel Hochschulen wurde sodann unverändert gemäß den Berichten des Ausschusses angenommen, darunter auch der auf die technische Hochschule in Brünn bezügliche Budgetposten in namentlicher Abstimmung mit 191 gegen 136 bzw. mit 203 gegen 140 Stimmen, nachdem Abgeordneter Jacek energisch dagegen Einspruch erhoben hatte, daß die Erfüllung eines Herzogenwunsches der tschechischen Nation und eines dringenden kulturellen Bedürfnisses, nämlich der Errichtung einer zweiten tschechischen Universität und zwar in Mähren von dem Einverständnis der deutschen Bevölkerung abhängig gemacht werde.

Das Haus begann dann die Beratung des Titels Mittelschulen. Abgeordneter Beres sprach sich auf das entschiedenste gegen die Resolution des Referenten Stuergh aus, nach welcher an Stelle des Cilliier ultraquistischen Untergymnasiums in Marburg ein selbständiges slowenisches Untergymnasium errichtet werden soll. Nächste Sitzung morgen.

Bei der heutigen Ergänzungswahl von fünf Gemeinderäten des zweiten Wahlkörpers wurden vier Christlichsoziale und ein Deutschfortschrittlicher gewählt. Der Besitzstand bleibt unverändert.

**Belgien.**

Die Abstimmung über das allgemeine Wahlrecht.

Brüssel, 19. März. Die Repräsentantensammer begann artikelseitige Beratung das Gesetzentwurfes betreffend das allgemeine provinziale und kommunale Stimmrecht.

§ 1 des ersten Artikels bezüglich des Stimmrechts für Frauen wird mit 56 gegen 24 Stimmen bei 58 Stimmenentnahmen abgelehnt. § 2, welcher das Alter für das kommunale Wahlrecht auf 21 Jahre feststellt, wird gleichfalls abgelehnt.

Eine ausführlichere Meldung besagt: Der erste Artikel des Gesetzentwurfes betreffend das allgemeine Stimmrecht, welcher in der heutigen Sitzung der Repräsentantensammer beraten wurde, lautet: Um Kommunalwähler zu sein, muß man 1. Vater sein oder die gesetzähnige Naturalisation erlangt haben, 2. 21 Jahre alt sein und 3. in der betreffenden Gemeinde seit 6 Monaten ansässig sein. Ein Zusatzantrag schlug vor, nach dem Worte „Kommunalwähler“ die Worte „ohne Unterschied des Geschlechts“ zu setzen. Das Haus lehnte zunächst diesen Zusatzantrag, dann die einzelnen Paragraphen und damit den ganzen Artikel 1 ab.

**Russland.**

**Russische Brutalitäten.**

gh. In der Warschauer Citadelle wurde, wie uns privat mitgeteilt wird, in diesen Tagen ein Arzt, der unter dem Verdacht sozialistischer Propaganda eingeschlossen ist, in grauslicher Weise mit Fäusten getreten, mit Gewehrkolben mißhandelt — weil er bei dem Spaziergang einige Schritte zu weit gegangen war. Man trug ihn ohnmächtig in seine Zelle zurück.

Die russischen Behörden geben sich alle Mühe, ihr rohes Auftreten durch Grenzberichte über den revolutionären Charakter der von ihnen mißhandelten Personen zu rechtfertigen und zugleich die russischen Spießbürger einzuschüchtern. Eine amtliche Bekanntmachung aus Petersburg legt nach, daß bei den letzten Strafanzeigen die Russenroter rote Flaggen mit aufrührerischen Inschriften — man denke! — entfalten. Wegen Übertretung von polizeilichen Bestimmungen über Strafanzeigenungen hat der Stadthauptmann 87 Personen, unter ihnen 45 Studenten, mit dreimonatiger Haft bestraft. Unabhängig von dieser Strafe werde gegen die „Räderführer“ ein gerichtliches Verfahren eingeleitet.

Durch das „gerichtliche Verfahren“ soll den Brutalitäten der Schein der Gesetzlichkeit gegeben werden. In Wirklichkeit wird dabei nur die russische „Justiz“ noch weiter kompromittiert werden.

Eine Mobilmachung an der galizischen Grenze.

ab. Lemberg, 20. März. Infolge der Warschauer Spionageaffäre sind sämtliche russischen Grenzregimenter vergangene Nacht zurückgezogen und durch auf dem Süden Russlands beorderte Kosakenregimenter ersetzt worden. Sämtliche Grenzregimenter sind auf Pflichtstärke ergänzt worden. Wie verlautet, sind die Kommandeure der zurückgezogenen Regimenter unter dem Verbacie der Militärschule an der Grimmaffaire in Warschau verhaftet worden.

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Gierig zwei Beilagen,

# Herren-Modenhaus Robert Martin

vormals Gebrüder Rockmann

Karl Heine-Strasse 30

im Hause der Leipziger Vereinsbank.

L.-Plagwitz Karl Heine-Strasse 30

gegenüber dem Felsenkeller.



Bon!  
Leser der Volkszeitung erhalten  
10 Prozent Rabatt.

Anfertigung nach Maass.  
Unbedingte Garantie des Gutsitzens!



Reparatur-Werkstatt  
für Nähmaschinen aller Systeme  
Singer Co. Nähmasch.-Akt.-Ges.  
(Frühere Firma: G. Neidlinger)  
Leipzig, Augustusplatz 1.

Größtes und ältestes Nähmaschinen-Geschäft Deutschlands.

Auf der Pariser Weltausstellung wurde den Original-Singer-Maschinen der Grand Prix, der höchste Preis der Ausstellung, zuerkannt.

## Zur gell. Beachtung!

Alle von anderen Nähmaschinen gefälschten unter dem Namen "Singer" ausgeteuften Maschinen sind eine unserer älteren Systeme nachgebaut, welche hinter unseren neuen Systemen von Familien-Maschinen in Konstruktion, Leistungsfähigkeit und Dauer weit zurücksteht.

Hermann Baumann  
7 Südstrasse 7  
macht Freunden, Gehörten ausschließlich solld. gefertigte Arbeits-Anzüge, Alp-waren, Schuhe u. Stiefel auf messen.

## Sozialdem. Verein L.-Ost.

Freitag den 21. März abends 1/2 Uhr

## Mitglieder-Versammlung

im kleinen Saale der Drei Mohren, Anger.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. med. Frische über Geistige Epidemien. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.

Jahresreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

## Achtung, Glaser!

Sonnabend den 22. März abends 1/2 Uhr

## Große öffentliche Versammlung

in der Flora, Windmühlenstraße.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Lüttich über Organisation und Unternehmungswesen. 2. Aushebung des Unterstützungs-fonds und Übergabe derselben an die Losalverwaltung.

Es ist notwendig, dass ein jeder Kollege erscheint. Der Einberufer.

## Allg. Kranken- u. Sterbekasse d. Metallarbeiter

6. & Nr. 29. Eis Hamburg. — Filiale Plagwitz.

Sonnabend den 22. März

## Mitglieder-Versammlung

im Restaurant National, Karl Heine-Strasse.

Tagesordnung: 1. Stichwahl. 2. Verhandlungen.

## Maifeier!

Das Maikomitee konstituierte sich folgendermaßen:

**A. Dieckmann**, Vorsitzender  
Leipzig-Neuschönfeld, Eisenbahnstraße 10, III.

**Fr. Nüchtern**, Kassierer

Leipzig-Thonberg, Neue Straße 2.

Diejenigen Genossen, die poetische Beiträge (Vieder ic.) zu offerieren gedenken, werden aufgefordert, dieselben baldigst (bis spätestens zum 15. April) an den Vorsitzenden einzusenden. Das Maikomitee.

## Querstr. 24 Restaurant Wanderer (Inh.: Max Schröter)

empfiehlt seinen als vorzüglich anerkannten Mittagsstisch inst. Suppe 50 Pf., 1. Rägerbier von C. W. Naumann, echt bayer. Egbierbier. Schöne rauchfreie Bässle- und Brühstückstube. Jeden Freitag Schlachtfest, abends frische Wurstschüssel sowie Sonnabends Schweinstooken.

## Margarine!

Wir suchen für das Königreich Sachsen an allen Plätzen, an denen wir noch nicht vertreten sind, bestens eingeführte Agenten. Erstklassigen Firmen, welche den Vertrieb unserer Marken für eigene Rechnung übernehmen wollen, stehen wir mit Offerten unter vorteilhaften Bedingungen zu Diensten.

Anfragen zu richten an

Wahnschaffe & Co., Cleve a. Niederrhein.

Achtung! Telegramm! Achtung!  
Konkurs- und andere Schuhwaren aller Art

offenbart zu noch nie dagewesenen Preisen

20 Nikolaistrasse 20.

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Seger in Leipzig. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

## Seefische — Volksnahrung.

Wegen ihrem hohen Nährwert sind Seefische gleich vortrefflich für den größten wie für den einfachsten Haushalt.

Nach Untersuchungen von Herrn Professor Dr. Lehmann in Göttingen enthält unter anderem

Schellfisch	17	Prozent Eiweißgehalt
Cablian	16	"
Scholle	16,6	"
Heilbutt	18,4	"

Rindfleisch, sehr fett 16,8 Prozent Eiweißgehalt.

Keine Hausfrau versäume, mindestens einmal jede Woche Seefische auf den Tisch zu bringen, sie spart dadurch viel Geld, verschafft ihrer Familie hochwertige Speise und die für den Aufbau des menschlichen Körpers dringend erforderliche Abwehrung in der Ernährung.

Unsere Dampfer bringen jetzt große Fänge an, und sind die Preise dementsprechend billig.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“  
25 Reichsstrasse 25.



Tannhauser Straße 32  
(Battenberg).

**Möbel,**  
komplette Wohnungseinrichtung  
für nur 300 Mk.

1. Kleiderschrank mit Muschelausfahrt,  
1. Bettkasten mit Muschelausfahrt,  
1. Ottomane, steilig, mit Ripsbezug,  
1. Speisestisch mit Auszügen,  
4 Stühle mit Rohrlehrne,  
1 Spiegel mit Konsole,  
2 Betten mit Sprungfeder-Matratzen,  
1 Waschtisch mit Schrankchen,  
1 Waschtisch-Spiegel,  
1 komplette Küchen-Einrichtung.  
Langjährige Garantie. Transport frei.  
Preislisten gratis und franko.

Leipziger Möbel-Hallen  
Carl Max Raschig

Tannhauser Straße 32, Battenberg.  
Größtes Ausstattungsgeschäft  
komplette Wohnungseinrichtungen.



N°

19

Schuhe

und

Stiefel

von

3 Mk. 50 Pfg. an.

Herren-Schaftstiefel	5,90	Kinder-Schuhe	0,48
Herren-Stiefeletten	4,50	Damen-Knopfstiefel	6,00
Herren-Promenaden-Schuhe	4,50	Damen-Lederstiefel	4,50
Elegante Radfahrer-Schuhe	3,50	Damen-Promenaden-Schuhe	2,00
Turnschuhe m. Gummifohl.	2,25	Damen-Hausschuhe	1,50
Herren- u. Damen Pantoffeln	0,50 u.	Damen-Beugstiefel m. Lach.	3,50
Knaben-Stulpentiefe	4,50	Damen-Beugstiefel	1,50
Braune Knopf- und Schnür-Stiefel und -Schuhe	2	Mädchen-Knopfstiefel	2,00

in großer Auswahl zu billigsten Preisen.

Reichsstraße 19. N. Herz Reichsstraße 19.

Bitte recht genau auf Reichsstraße n. Hausnummer 19 zu achten.

oooooooooooo:oooooooooooo

# 1. Beilage zu Nr. 65 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag, 20. März 1902.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

## Spanien.

Das Programm des neuen Kabinetts.

Madrid, 19. März. Das Programm des neuen Kabinetts umfasst nachfolgende Punkte: Die Wiedereröffnung der Kammer am 1. April, Beratung des Bank-Gefehrentwurfs, Bildung eines besonderen Arbeitsministeriums, Reform des Oktrois mit dem Bestreben, dasselbe ganz abzuschaffen, Decentralisation der Verwaltung, Herabminderung der Zahl der Bischöfe und zwar von 53 auf 49, Untersuchung über die Ordensgesellschaften, Rechtigung der Rechte des Staates gegen die Eingriffe der Kirche.

## Großbritannien.

Die Lieferungsstandale im Unterhaus.

London, 18. März. Dieser Tage waren die Lieferungsstandale bei der Anerkennung einer Beratung im englischen Unterhaus. Campbell Bannerman hatte beantragt, eine besondere Kommission zu ernennen, welche alle Kläuse und Kontakte der Regierung für Zwecke des Krieges in Südafrika zu prüfen haben sollte. Nach mehrjähriger Debatte, in welcher die Vertreter der Regierung die Standale nach Kräften zu verhindern suchten, wurde der Antrag Bannerman mit 346 gegen 191 Stimmen verworfen.

## An die Delegierten zur Landeskongress!

Die zu der am 1. und 2. April in Meißen stattfindenden Landeskongress gewählten Delegierten, die Logis nachgewiesen haben wollen, werden erachtet, ihre Wünsche umgehend, spätestens aber bis Dienstag den 25. März an das unterzeichnete Komitee gelangen zu lassen. Nach diesem Termin eingehende Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden.

Empfang der Delegierten am Bahnhof findet nicht statt. Das Versammlungsklokal „Goldene Weintraube“ ist in zehn Minuten vom Bahnhof Meißen zu erreichen. Für Delegierte, die schon am 31. März ankommen, ist der Treffpunkt Restaurant „Goldenes Schiff“.

## Das Volkskomitee.

S. u.: Rich. Schmidt, Buchhandlung, Meißen, Poststraße.

## Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Die Umsatzsteuerdebatte in der zweiten Kammer. Schade, dass gestern keine Sozialdemokraten im Landtag saßen, da die Klagen der Mittelstandstreiter über die schlagschlagende Union zum Schuh des Mittelstandes gehörig beleuchtet wurden. Was aber von den Sozialdemokraten nicht gehabt werden konnte, das hat in ganz vorzüglicher Weise Minister v. Meissel gehabt. Der Herr Minister sagte den französischen Bütteln der Mittelstandsbevölkerung Wahrheiten, wie sie ein Sozialdemokrat auch nicht besser sagen konnte, und die den Rückwirkungskämpfern im Landtag die Überzeugung beigebracht haben mögen, dass es mit einer staatlichen Umsatzsteuer, wenigstens so lange es ein Ministerium Meissel gibt, unbedingt aus ist. Nach der Rede des Ministers musste auch der leiche Schimmer von Schusshut und landesgesetzlicher Regelung der „Sondergewerbesteuer“ verschwinden. Den Konsumberatern wäre auf das dringlichste zu empfehlen, die Denkschrift der Regierung mit der Rede des Ministers drucken zu lassen, weil beides, die Denkschrift und die Ministerrede, ein amtliches Waffenarsenal gegen alle Umsatzsteuerkämpfer enthält, wie es besser nicht gedacht werden kann.

Der Ministerrede gegenüber kann man sich ungefähr die Gesühle vorstellen, die die Mittelstands „freunde“ überkommen mögten, als sie so Schrift für Schrift oder richtiger Satz für Satz ihre Hoffnungen dahinsinken sahen. Diesem „niederdürdenden“ Gesühle gab Herr Opitz Ausdruck. Er lamentierte ganz jämmerlich, dass nun die ganze Aktion, die mit so großen Hoffnungen eingeleitet worden sei und zu so großen Hoffnungen berechtigt habe, ausgegangen sei wie das Hornberger Schießen. Gleichwohl riet der treue Freund des Mittelstandes seinen mittelstandstreitischen Gesinnungsgenossen in der Kammer, sie möchten sich nicht durch „die ersten besten Argumente“ zurückführen lassen, denn es gelte, den Mittelstand zu retten. In dasselbe Horn wie der Mittelstandstreiter Opitz tutete auch der Leipziger Antisemit Enke, aus dessen Ausführungen eine wahre Art auf die Konsumberater deutlich hervorleuchtete.

## Kleine Chronik.

Leipzig, 20. März.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater gelangt am Freitag die Oper Luisa zur Wiederholung. — Im Alten Theater findet die Erstaufführung des neuen fünfaktigen Dramas Es lebe das Leben von Hermann Sudermann statt.

Der Sonnabend bringt im Neuen Theater das Gastspiel der Frau Hedwig Niemann-Neabe als Yannetta in der roten Robe. — Im Alten Theater wird die Operette Das süße Mädel wiederholt. Für Sonntag ist das Repertoire wie folgt entworfen: Im Neuen Theater gelangt die Oper Die Afrikanerin zur Aufführung. — Im Alten Theater wird nachmittags 1/3 Uhr für den Leipziger Arbeiterverein Dr. Klaus gegeben und abends 7 Uhr das neue Drama von Sudermann Es lebe das Leben zum erstenmal wiederholt. — Im Carolatheater ist die Operette Das süße Mädel angezeigt.

Die Weberaufführung in Leipzig wird nicht vom Ensemble des Theaterdirektors Kurz in Prag, sondern vom Intimen Theater des Herrn Meisthaler in Nürnberg veranstaltet werden. Die Aufführung erfolgt im Theatercafé des Kristallpalastes.

Über das Leipziger Schauspielhaus (heute Carolatheater) wird uns von magazinierender Seite folgendes mitgeteilt: Das Leipziger Schauspielhaus (Direktion Anton Hartmann) wird am Mittwoch den 10. September mit Schiller-Daubens Dichterius eröffnet, nachdem am Tage vorher die Generalprobe vor geladenem Publikum stattgefunden hat. Es folgen dann gleich mehrere Rovitäten verschiedener Genres, welche die ganze Kunstrichtung des Theaters charakterisieren sollen. Das Theatergebäude selbst soll, soweit was den Bühnen- als den Zuschauerraum anbelangt, umfassende Veränderungen erfahren, wodurch die bisher zu Tage getretenen Mängel beseitigt werden sollen. So wird z. B. ein ganz neues Parterre mit bequemen Sitzen geschaffen, und der erste Rang sowie das Parterre erhalten neue Logen. Die minderwertigen Blätter, von denen man bisher einen schlechten Aufschluss auf die Bühne hatte, werden entfernt, der Zuschauerraum und das Foyer werden neu und künstlerisch ausgestattet und das Theater wird mit elektrischem Licht versehen. Herr Director Hartmann wird im Sommer sein Programm verschiedenartigen und zwar in Form eines Prospektes, der das Verzeichnis des engagierten Künstlerpersonals, der Gäste und erworbenen Nobilitäten, sowie der anderen zunächst geplanten Aufführungen enthält und auch das nächste betreffs der Abonnements-Abstimmungen mitteilt.

Die ganze Debatte zeigte, in welch mittelalterlichem Gedankenkreise sich der Plan zur Melting des Mittelstandes bewegte. Der Abg. Reichmann sagte z. B., dass seine Freunde seit 30 Jahren vergeblich gegen die Gewerbebefreiheit angelaufen hätten. Der Aermste mög sich trösten. Der berühmte Ritter Von Quichotte hat sein Lebenlang gegen Windmühlen gekämpft, um schließlich doch auf der Strecke zu bleiben. Doch übrigens die Sondersteuer nur bedingt ihren Zweck erfüllen kann, hat der Vater der Umsatzsteuer, Bürgermeister Müller, unumwunden zugegeben. Er wandte sich gegen den Bossu der Deutschrif, dass die Umsatzsteuer in einem Orte wieder habe aufgehoben werden müssen, wodurch die Zwecklosigkeit erwiesen sei. Herr Müller wies darauf hin, dass die Steuer überflüssig geworden sei, weil die Konsumvereins-Filiale, die in dem betreffenden Orte der Steuer unterworfen gewesen sei, infolge der Steuer eingezogen worden sei. Die Steuer habe also ihren Zweck erreicht. Daraus geht hervor, dass die Steuer nur den von den Mittelstandstreitern beabsichtigten Zweck erreichen könnte, wenn sie als Erdrosselungssteuer wirkt, wie dies auch ein anderer Abgeordneter, der sich gegen die Steuer gewandt hatte, nachwies. In dem von dem Abg. Müller angezogenen Falle hat übrigens die Umsatzsteuer ihren Zweck keineswegs erreicht, denn die betreffende Filiale ist nicht eingezogen, sondern einige Schritte weiter auf fremdes Gebiet verlegt worden.

Durch die Denkschrift und ihre Besprechung ist auch weiteren Kreisen klar geworden, dass eine Umsatzsteuer nicht nur die Entwicklung im Großbetriebe des Kleinhandels nicht aufzuhalten vermag, sondern dass im Gegenteil jede Maßregel gegen die Großbetriebe in ihrem Zweck umschlägt und statt zu einem Hindernis zu einem mächtigen Hebel der Entwicklung der angesiedelten Einrichtungen wird, was dem Kleinhandel nur zum Nachteil gereichen muss. Mögen die Mittelstandstreiter, diese modernen Don Quichottes, in ihrer Verblendung auf der eingeschlagenen Bahn weiter kämpfen, die Entwicklung werden sie nicht aufhalten. Nur Narren können sich befallen lassen, dem Ende der Zeit in die Speicher fallen zu wollen.

**Betriebsergebnisse der sächsischen Staatseisenbahnen.** Die vorläufig festgestellten Verkehrs-Einnahmen im Monat Februar 1902 betragen 7589190 Mf. (+ 196572 Mf.), wo von 2202690 Mf. (+ 174245 Mf.) auf den Personenverkehr, 5296550 Mf. (+ 22327 Mf.) auf den Güterverkehr entfallen. Die Gesamt-Einnahmen vom 1. Januar bis 28. Februar d. J. betragen 15295890 Mf. (+ 49402 Mf.). Hierzu trugen der Personenverkehr 4729940 Mf. (+ 826297 Mf.) der Güterverkehr 10565250 Mf. (- 276895 Mf.) bei.

Hierauf zeigen die Einnahmen, bereits eine Melting zu einer Besserung. An dieser Besserung partizipiert bisher hauptsächlich der Personenverkehr, während die Besserung im Güterverkehr ganz minimal ist. Es ist aber schon zur Verteilung der wirtschaftlichen Lage wesentlich, dass sich auch im Güterverkehr überhaupt die Tendenz zum Besseren bemerkbar macht.

Über das katholische Zeitungsinstitut, das für Sachsen geplant ist, machte Kaplan Müller von der Dresdner Hofkirche am Sonntag in einer in Bittau abgehaltenen katholischen Männerversammlung nähere Mitteilungen. In Sachsen, so bemerkte Herr Müller, fehlt bisher noch ein täglich erscheinendes Organ, welches die Interessen der Katholiken in geeigneter Weise vertrete, jedoch steht die Gründung eines solchen bevor. Hundert sei beabsichtigt gewesen, die erforderlichen Mittel durch freiwillige Beiträge zu beschaffen, man halte jedoch die Gründung einer Aktiengesellschaft für zweckmässiger. Es sollen 1000 Aktien à 200 Mf. ausgegeben und 200000 Mf. garantiiert werden. 500 Aktien seien bereits gezeichnet; auch sei ein Pressfonds gegründet worden. Bissher seien 3000 Abonnements gezeichnet. Das neue Organ, welches den Titel Sächsische Volkszeitung führen werde, solle sobald als möglich ins Leben gerufen werden.

Das Unternehmen ist also noch lange nicht so weit gediehen, dass das Blatt, wie seit langem angekündigt worden ist, am 1. April erscheinen kann.

**Stimmablage im Erzgebirge.** Wie Behörden und Unternehmer bemüht sind, die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung niederzuhalten, zeigt eine Meldung der Chemnitzer Volksstimme aus Kleinenschenkberg bei Oberhau. In einem Gasthause

des genannten Ortes hatten sich an einem Sonntag einige Holzarbeiter zu einer internen Besprechung über Berufsfragen zusammengefunden. Davon hörte der Gemeindevorstand, der den Arbeitern den Gendarmen zusetzte. Dieser ließ sich jedoch darüber belehren, dass die Besprechung jedes öffentlichen Charakters einbehalt und ließ die beratenden Arbeiter ausführen. Am Montag früh aber fand sich der Gendarmer offenbar höhren Weisungen folgend, in der Escherschen Fabrik in Kleinenschenkberg ein und verhörte im Beisein des Unternehmers einen der Arbeiter über den Vorgang am Sonntag. Der Arbeiter gab dem Herrn auch Aufschluss. Infolge des Vorgehens des Gendarms, das die schriftliche Kritik verdient, erfuhr der Unternehmer, dass seine Arbeiter sich mit Organisationsgedanken trugen, eine Absicht, die so einem erzgebirgischen Fabriksgewaltigen einem Verbrechen gleichkommt. Sofort erhielten 10 Mann gekündigt, die das in erster Linie dem unberechtigten Vorgehen des Gendarms zu danken haben. Am letzten Sonntag war nun der Gauvorsteher des Holzarbeiterverbandes K. in Kleinenschenkberg, um mit dem Unternehmer wegen der Kündigung zu verhandeln. K. erhielt dabei einen Begriff von den Umgangsformen der Herren Escher. All die ebenso lendennahmen wie schon längst verbrauchten unternehmerischen Gemeinpläne wurden K. an den Kopf geworfen und ihm schließlich von Herrn Gustav Escher, einem Sohn des Unternehmers, die Thür gewiesen, trotzdem er kaum recht zu Worte gekommen war. Der selbstherliche Unternehmerstandpunkt zeigt sich hier in seinem vollen Glanz. Das benebenswerteste an der Sache aber ist, dass das Vorgehen des Gendarms wesentlich dazu beigetragen hat, dass es zu diesem Konflikt gekommen ist.

**Dresden, 19. März.** Über die gegenwärtige Grundstückskrisis und die Erweiterung des städtischen Grundbesitzes sprach dieser Tage Stadtk. Landrichter Dr. Heinze in einer öffentlichen Versammlung des allgemeinen Mieterwohnuvereins. Der Umgang der in Dresden herrschenden Grundstückstaxe erhellt am besten aus der Thatache, dass es in den 90er Jahren jährlich gegen 300 Zwangsvorsteigerungen gab, im Jahre 1901 dagegen 1100. Und im laufenden Jahre ist es nicht besser. Die gegenwärtige Grundstückskrisis in Dresden sei, so führte der Redner aus, die Frucht von mehreren Jahren, in denen darauf hingearbeitet wurde, die Grundstücksspreize auf eine kaum glaubliche Höhe zu treiben, auf der sie sich dann nicht mehr halten ließen. Zwischen Meißen und Pirna gebe es kaum noch ein Stück Land, das nicht dem bürgerlichen Besitz entfällt und von Spekulanten beansprucht worden sei. Vielfach sei es vorgekommen, dass bei den Zwangsvorsteigerungen sogar der erste Hypothekar das Grundstück übernehmen musste, weil der zweite nicht das erforderliche Kaufgeld aufbringen konnte, die Bank ihre Hypotheken aber nicht stehen ließ. Der zweite Hypothekar habe dann die ganze Hypothek eingebüßt. Die Frage, ob die Stadt berechtigt sei, in diese Verhältnisse einzutreten, sei ohne weiteres zu bejahen. Zweifellos würden die Grundstücksspreize bei dem Auftreten eines so zahlungsfähigen Käufers, wie es die Stadt sei, steigen, und sie würde wohl nicht enorm billig, jedenfalls aber zu normalen Preisen Grundstücke erzielen können. Wolle die Stadt Wohnungspolitik im großen Maßstab betreiben, brauche sie vor allem ein größeres Gelände. Durch ihr Eingreifen würde sie natürlich auch auf die Wohnungspreise einwirken, die bekanntlich in Dresden zum weitaus größeren Teil in keinem Verhältnis zum Einkommen der Einwohner ständen. Ein derartiges Einwirken auf die Preisgestaltung sei durchaus nichts Unerhörtes, wie auch das Vorgehen Preußens beweise. An der Debatte beteiligte sich auch der Geschäftsführer des Vereins Reichswohnungsgesetz, Dr. v. Mangold. Nach seiner Ansicht sei ein großer Teil der sozialen Ungleichheiten auf die Monopolstellung der Grundstückbesitzer zurückzuführen. Eine notwendige Folge jener Monopolstellung sei auch der Dauerschindel. Weigere sich die Stadt, jetzt einzutreten, werde man bei den kommenden Stadtvorwahlwahlen sich genau die Kandidaten ansehen, wie sie sich zu dieser Frage stellen, die eigentlich nur ein Streit zwischen einer verständigen Sozialpolitik und einer rücksichtslosen und brutalen Antisozialpolitik sei. Ein weiterer Redner, Dr. Meyer, erwähnte ein Interview des Banmeisters Hartwig in den Dresdner Nachrichten, das eine gemeinsame Denunziation mehrerer Vorstandsmitglieder des Mieterwohnuvereins enthält. Diesen Stadtverordneten, sagt der Redner, für dessen Gesinnungsart man gar keinen parlamentarischen Ausdruck habe, habe man noch vor zwei Jahren wiederwählen können. Sei es

sich hier abspielenden Liebeszenen direkt oder indirekt verbündet ist, führen eine jener Posenzenen herbei, von deren Gefangen oder Flüchtlingen das Schicksal eines solchen Stücks abhängen pflegt.

Der maßgebende dritte Akt fand stürmischen Beifall, und so darf man der Novität wohl eine längere Lebensdauer prophezeien. Sie war nicht so originell und nicht so ausgelassen, wie die besten Nummern ihres Gattes es sind, und sie wurde nicht so stilgerecht gespielt, wie ähnliche Stücke etwa im Residenztheater gespielt zu werden pflegen. Lebhaft darf man auch beurteilen, dass die Komödie von den Leidens des Herren Champeray eine Pariser Originalarbeit sei. In der Form, in der man sie uns im Neuen Theater bot, war sie ganz gewiss nicht. Der ungenannte Lebensorfer hatte sie sehr frei ins Urgermanische übertragen.

= Arthur Fitzgers Wandlung. Wir teilen in voriger Nummer Bruchstücke aus dem Gedicht mit, durch welches der Maler-Dichter Fitzger des Kaisers Kunststrebe verherrlicht.

Karl Binnens, der vorzüglich niedersächsische Landschaftsmaler, hat sich nun das boshaften Vergnügen gemacht, im Bremer Tageblatt einige Verse für das Stammbuch des Herrn Arthur Fitzger zu veröffentlichen, in denen der frühere Fitzger, der Fitzger, der sich einmal als „Verfasser von „Gottes Gnaden“ und ähnlichem vielleicht etwas ungegemäher Dichtungen“ unterzeichnete, sich über Fürstengest und Mäzenatentum ausgelassen hat. Da liest man zum Beispiel:

„Hielt ein Mäzen den Genius  
In gold'nen Zochen;  
Doch Flügel hat er ihm und Fuß  
Und Herz gebrochen.  
Schaffe, mein Mäzenster, nun schaffe!“

„Ihr Getränen seid die ersten, die Natur in Nessel zu schlagen.“

„Weitens: (Klingt es nicht wie Hohn?)  
Imponiert mir auch kein Thron  
Dazu Einer schon erkoren.  
Weil im Purpur er geboren;  
Freilich, Gott der Herr verließ  
Manchmal Bringen auch Genie;  
Doch das können macht den König.“

„Wieg' und Windel helfen wenig.“

„Winnen macht zu diesen Broden die latonische Rötz; „Weit der Zeit lebt, wer die Gladis läuft“ ist einer Überzeugung sich im Aller zu bewahren weiß.“

denn eine Schande, mit Sozialdemokraten in wirtschaftspolitischen Fragen zusammenzuarbeiten? Es schließt mit der Aufforderung, daß sie zu sorgen, daß nicht wieder Leute wie Hartwig in das Stadtverordnetenkollegium kommen. Ein Herr Eisold vertrat den bekannten Hansagravierstandpunkt, nach dem es gar keine Wohnungsnot giebt, weil ganze Straßen leer ständen. Verteilungstat v. Rostitz beweist aufschlagend die gerade in Dresden außerordentlich mühslichen Wohnungsvorhältnisse auf Grund wertvollen statistischen Materials mit der Betonung, daß beim Zukunftsreiten einer Wohnungsordnung viele Wohnungen aus gesundheitlichen Rücksichten überhaupt nicht mehr bewohnt werden dürfen. Einstimmig wurde daraus folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung ersucht die Stadt Dresden, die gegenwärtige Grundstückskrisis zum Erwerb von Grundbesitz zu benutzen und den städtischen Grundbesitz in Zukunft derartig zu vergrößern, daß die Stadt in ihrem Gebiete einen maßgebenden Einfluß auf die Boden- und Wohnungspreise gewinnt.“ Diese Resolution wird dem Stadtrat und den Stadtverordneten übermittelt werden.

Ein Herzschlag setzte dem Leben eines berühmten Parteigenossen, des Geschäftsführers des Konsumvereins für Niederschlesien und Umgegend, Löbel, ganz plötzlich ein Ziel. Löbel unterhielt sich, auf einem Stuhle sitzend, mit einem zufällig anwesenden Genossen und seinen Vorstandskollegen ruhig über eine Sache, als ihn der Herzschlag traf; er war also gewissermaßen in einem Augenblick gesund und tot. Vor einiger Zeit hatte er eine längere Krankheit überstanden, von der er sich ganz gut wieder erholt hatte, so daß er sowohl seine Berufspflichten wieder erfüllen, als auch seinen Dienst für die Arbeiterfamilie wieder nachgehen konnte. Der Verstorbene war unter dem Sozialstengel in Chemnitz eifrig thätig gewesen.

Geringswalde, 19. März. Die Genossen des 10. Wahlkreises versammelten sich am Sonntag hier, um den Bericht über die siegreich beendete Reichstagswahl entgegenzunehmen und die Vorbereitung auf die nächste Reichstagswahl zu besprechen, sowie Stellung zur Landeskongress zu nehmen. Der Kreisvertrauensmann Thate gab namens des Central-Wahlkomitees den Bericht über die letzte Reichstagswahl. Der Sieg zeigte, daß sich die Parteigenossen nicht auf die faule Haut gesetzt, sondern thätig gearbeitet haben. Außflugblätter sind gegen 100 000 Stück verbreitet worden. Wo Volkskundungen standen, sind Versammlungen abgehalten worden; Referenten waren Grünberg, Göthe, Schöpflin, Lorenz u. a. Die Wahl ging wegen der die ganze Nation aufzuhenden Gewerbezollfrage in einer für uns sehr günstigen Zeit vor sich; um so fröhlicher werden die Gegner aber versuchen, uns den neu gewonnenen Kreis bei der nächsten Wahl wieder abzunehmen. Die Einnahme des Central-Wahlkomitees betrug 3825,28 M., die Ausgabe 3173,71 M., so daß ein Überschuss von 151,57 M. blieb. Nebner schlägt vor, hieron die Partei in Berlin mit 100 M. zu bedanken, und schließt mit der Aufforderung an, um fortgesetzte fleißige Agitation, damit die Kreisorganisation in jeder Beziehung gestärkt wird und das Mandat bei der nächsten Wahl behauptet werden kann. Grünberg-Hartha, der Abgeordnete des Kreises, überbringt den Dank der Fraktion für den glänzenden Ausfall der Wahlen und teilt mit, daß ihm selbst aus Amerika (aus New York-Hoboken) eine Anerkennung der Tätigkeit der Parteigenossen des 10. Kreises zugegangen ist. Es sei nun Sache der Parteigenossen, durch fröhliche Agitation und Ausbau der Organisation dafür zu sorgen, daß uns auch bei der nächsten Wahl der Sieg bleibe. Hierauf wurde beschlossen, 100 M. an die Partei in Berlin abzufinden. Thate-Hartha berichtet sodann über den Stand der Volksstimme. Die Volksstimme sei finanziell gesichert, im 10. Wahlkreis lasse der Abonnentenstand aber noch zu wünschen übrig. Hierauf wird über die bevorstehende Landeskongress beraten. Die Debatte dreht sich fast ausschließlich um die Sundermannsche Petition, die allgemein verurteilt wird. Man beschließt, die Landesversammlung mit einem Delegierten zu besetzen und bestimmt dazu den Genossen Grünberg-Hartha, der sich unter dankbarer Zustimmung der Versammlung auch errietet, die Kosten für die Delegation aus seiner eigenen Tasche zu decken. Die weiteren Verhandlungen sind dem Punkte Organisation und Agitation gewidmet. Von einigen Neubürgern wurde der Agitationsskandal heftig angegriffen, weil er eine die Landeskongress verlebende Notiz über die Stillekeit auf dem Lande enthalte; im übrigen habe der Skandal nichts genützt, es seien vielmehr Flugblätter zur Agitation vorzuziehen. Die erwähnte Notiz wurde allgemein mißbilligt, jedoch wurde der agitatorische Wert des Kalenders anerkannt. Die weitere Debatte war dem Ausbau der Parteiorganisation im Kreise, die sehr zu wünschen läßt, gewidmet.

kleine Nachrichten aus dem Lande. Bei den Arbeiten zur Erneuerung der Kirche in Geithain fand sich unter der Treppe beim Aufgang zu der Empore am hinteren Eingange ein aus Porphyrgestein geschnittenes Weibskelch von 1 Meter Höhe und 1 Meter Durchmesser, außerdem ein Schalldespel zur Kanzel. Die Altersfümer, wie Kanzel, Altar und Beiküchlein, haben großen bildhauerischen Wert. Viel falsches Geld kursiert gegenwärtig in der Gegend von Glauchau. Bemerkenswert ist, daß es vorzugsweise 1 Mark-Stücke sind. So wurde ein solches Falsifikat kürzlich auf dem Postamt Glauchau und ein weiteres in einem Geschäft angehalten. Auch beim Meeraner Postamt mußte ein solches Falsifikat dem Verkehr entzogen werden. Ebenso konfiszierte die Polizei in Lengenfeld am Sonnabend ein falsches 1 Mark-Stück. Die Stücke tragen meistens die Jahreszahl 1875 und führen sich etwas fettig an. Es wird angenommen, daß die Falsifikate aus einer und derselben Quelle herrühren. Der Südfriethändler Jäger aus Döbeln bei Bittau, der am 20. Januar sein jüngstes Kind erwartet und seine beiden älteren Knaben, sowie sich selbst durch Messerschnitte zu töten versucht hatte, ist aus dem städtischen Krankenhaus zu Bittau entlassen und in das Amtsgerichtsgefängnis überführt worden. Die Wunden, die sich Jäger am Hals und an der Pulsader der linken Hand durch Messerschnitte zugelegt hatte, sind verheilt. Jäger wird sich vor dem Schwurgericht Bautzen zu verantworten haben. Wie verlautet, wird die Anklage auf Mord und Morbversuch lauten. Die Ehefrau Jägers befindet sich noch immer unter dem Verdacht der Brandstiftung in Untersuchungshaft. Die beiden unglücklichen Knaben liegen noch im Krankenhaus. — In Bannewitz brach am Sonnabend abend Feuer aus, daß eine Fabrik des Gutsbesitzer Wissner mit unzähligen Strohwaren vernichtet. Fast gleichzeitig, als der Feuerzug erscholl, wurde von der Landstraße aus nach dem Laden des Malers Bögen ein Schuß abgefeuert, dessen Kugel das Fenster durchbohrte und in die gegenüberliegende Wand fuhr. Keiner wurde niemand der Anwesenden verletzt, aber eine zufällig anwesende Frau Schneider aus Nöthnitz wurde durch den doppelten Schuß so aufgeriegt, daß sie nach kurzer Zeit verstarrt. — Auf der Grube Turmhof bei Freiberg waren bei den Sprengarbeiten einige Bergarbeiter auf einen alten Schacht gestoßen. Als die Schäfte erfolgt waren, stürzte sofort das Wasser mit solcher Gewalt aus dem alten Schachte, daß durch den Luftdruck die Pumpen verstopften. Ein Glück war es noch, daß die Arbeiter höchstens einen Fußweg fanden und sich in den Nachbarschacht Ober-

höchster flüchten konnten, von wo sie ohne Gefahr aussahen konnten. Fünf von den Bergleuten irrten jedoch im Finstern eine Weile in der Grube, bis an den Leib im Wasser naten, herum, bis sie ebenfalls einen Ausweg fanden. Wenn die Schäfte an dem Unfälle, der leicht schlimme Folgen haben könnte, bezüglich ist, könnten wir noch nicht feststellen. — Wegen Verdachts des Viehstechmugels ist der Besitzer des Rittergutes Berau bei Altdorf festgenommen und in das heilige Gerichtsgelände eingeliefert worden. Außerdem ist bereits vorher die Verhaftung eines Viehtriebels Namens Hauke aus Bergen ebenfalls wegen Verdachts, beim Viehstechmugel beteiligt gewesen zu sein, erfolgt.

### Aus dem 11. sächsischen Reichstagswahlkreise.

Burzen, 18. März.

r. Die Generalversammlung der Ortskrankenkasse, die gestern abend im Bürgergarten stattfand, beschäftigte sich mit den Berichten des Vorstandes und mit den Reutwahlen. Es fanden 18 Vorstandssitzungen statt und 2 Generalversammlungen. Die ausscheidenden Arbeitnehmer Sambale, Bönsch, Gericke und Böck wurden wiedergewählt. Als Erfahrene wurden die Arbeitnehmer Diele und Hannert gewählt. Die ausscheidenden Vorstandsmitglieder Blüthe und Vogel wurden für die Arbeitgeber ebenfalls wiedergewählt, als Erzähler Schornsteinfegermeister Mühlau. Zum Vorständen wählte die Versammlung wieder den Gürtler M. Steinhoff und zum Stellvertreter Tischlermeister Blüthe. Nach dem Jahresabschluß wurden an Frankenfelde gezahlt 19 343,11 M. und Sterbegelde 1420 M. Für ärztliche Behandlung, Arznei und Heilmittel wurden zusammen 16 103,81 M. verausgabt. Die Mitgliederzahl betrug im Durchschnitt 2890. Die Erkrankungsfälle betrugen 1145 mit 17 185 Krankheitstage und 28 Sterbefällen.

Mügeln, 18. März.

r. Die Töpfer sind mit dem einzigen Unternehmer in Differenzen geraten. Der Fabrikant verlangt, daß die Arbeitnehmer den neuen Tarif unterzeichnen, der bedeutende Nachteile des leichten bringt. Da sich kein Töpfer findet, der den Tarif unterzeichnet, kann es zu einer Aussperrung kommen. Die Töpfer bilden hier eine starke, geschlossene Organisation, sämtliche Kollegen gehören ihr als Mitglieder an. Der Unternehmer lehnt es ab, verschiedene Wohlstände in der Fabrik abzustellen. Nachdem sich die Kommission der Arbeitnehmer mehrere mal erfolglos in dieser Angelegenheit bemüht, hat der Gewerbeinspektor Kenntnis erhalten von den Nebelständen. Inzwischen ist eine persönliche Untersuchung vorgenommen worden, die abgewartet werden. Die stärkste Bumutung des Fabrikanten ist eine erhebliche Lohnverkürzung, die sich die Arbeiter unter keinen Umständen gefallen lassen können.

g. Halle a. S., 18. März. Die hiesigen Metallarbeiter beschlossen jüngst in einer größeren Gewerkschaftsversammlung, eine Resolution an den Vorsitzenden des Industriellen-Verbandes zu senden, in der erfuht wurde, ältere Leute nicht mehr zu entlassen, sondern lieber die Arbeitszeit entsprechend zu verlängern. Der frühere Direktor der Halleschen Maschinen-Fabrik und Eisengießerei, Kommerzienrat Niedel, der an den von der Regierung veranstalteten „Erhebungen“ über die Arbeitslosigkeit und der Versammlung der Bürgermeister, Gemeinderäte, Regierungspräsidenten etc. teilnahm, entgegnete darauf schriftlich: „Bis jetzt habe die Entlassung von zum eigentlichen alten Stammbild gehörigen Arbeitern umgangen werden können. Da gegen herrsche aber die größte Sorge wegen des zweiten Halbjahrs dieses Jahres. Danach die Krise, unter der jetzt die Badersfabriken leiden, und die durch die Brüsseler Konferenz noch verschärft zu werden drohte, länger an, so würde die Hallesche Maschinenfabrik, so traurig dies ist, auch zur Entlassung alter tüchtiger Arbeiter schreiten müssen.“ Tritt dieser tröstlose Zustand für die Metallarbeiter ein, so wäre es kein Wunder, wenn das Stadtoberhaupt von Halle, das seiner Zeit in der Regierungsvorsteher-Konferenz erklärte, unter 2000 Arbeitslosen befinden sich 1500 Polizisten, wiederum von einer Bumutung der sog. Polizeiherzunft reden würde.

Halle, 19. März. Unter dem dringenden Verdacht des Mordversuchs an Leiter Härt und seinen drei Kindern, sowie der Brandstiftung wurde der Wirtschaftsbetrieb Hesse verhaftet und in das Untersuchungsgesängnis eingeliefert.

s. Gera, 20. März. (Privat-Telegramm.) Das Ministerium von Preußen sprach sich, wie die Geraer Zeitung meldet, hente prinzipiell gegen die geplante Feuerbestattung im Fürstentum aus. — Rücksichtig!

Saalfeld, 19. März. Eine neue vernichtende Verurteilung des geltenden Gemeindewahlgesetzes, das auf dem Pluralsystem beruht, lieferte die heutige Gemeinderatswahl. Von 178 eingetragenen Wählern gingen nur 804 zur Urne. Die Wahl kam demnach nicht zu Stande! Die Wahlbewegung war durchweg flau, nur in einem Kreise, wo die Gemeindemänner wählten, war sie etwas reger. Nun wird eine zweite Wahl ausgeschrieben, bei der jeder Wähler seine Stimme abgeben muß, wenn er nicht eine Strafe von 3 M. verüben will. Die Sozialdemokraten geben ihren Stimmzettel ab mit der Aufschrift: Gewalt geht vor Recht!

sb. Nordhausen, 20. März. (Privat-Telegramm.) Sämtliche Bündholzfärbriken des Harzes richteten an den Reichstanzler eine Petition, von einem Verbote zur Fabrikation mit weitem Phosphor abzusehen und eventuell Mohrregel zu treffen, die die Hausindustrie in diesen verbietet oder den Bezug von weitem Phosphor unter staatliche Kontrolle stellt, im Falle des Verbotes aber angemessene Entschädigung einzutreten zu lassen.

### Aus der Partei.

Genosse Peus als Prinz. Wie wir unserem Dessauer Parteiblatt entnehmen, führen am letzten Montag früh 7 Uhr 48 Minuten der Reichstagsabgeordnete Genosse Peus und Prinz Edward von Anhalt in demselben Zuge nach Berlin. Ersterer hatte vorn mit der ihm zustehenden Freikarte im Zuge ein Coupee erster Klasse gefunden, letzterer hinten im Zuge Bloß genommen. Selbstverständlich war die Missfahrt der Anhaltischen Prinzen telegraphisch weiter ausgetragen. So auch nach Wittenberg, wo bekanntlich die nach Berlin reisenden von der Halleschen nach der Berliner Seite herübergehen müssen. In Wittenberg ward denn auch Se. Hoheit gebührend empfangen. Ein Stationsvorsteher mit noch mehreren anderen Beamten kamen alsbald auf das Coupee erster Klasse zugeschlüpft und machten dem Aufsteigenden feierlich Honneur. Doch, was war das? War der Prinz groß! Er grüßte ja nicht einmal wieder als er durchging. „Meine Herren, Sie haben sich wieder dahinsetzen ist der richtige!“ Mit diesen Worten schlug sich der so feierlich Empfangene schläfrig seitwärts. Die so peinlich hereingefallenen aber eilten sparsamstreng nach dem hinteren

Teile des Zuges, wo Se. Hoheit sich schon allein aus dem Zuge herausgesunden hatte und sich natürlich höchstwunderte, der gewohnten Empfangsform entbehren zu müssen. — Wir hoffen, daß beide Teile sich inzwischen von dem Schreck erholt haben, der Prinz, daß man einen Sozialdemokraten für ihn hält, und unser Parteigenosse, weil man ihn für einen Prinzen ansah.

Für den Reichstags-Wahlkreis Frankfurt-Bebus wurde der Genosse Dr. Heinrich Braun aus Berlin als Kandidat aufgestellt. Die Aufstellung erfolgte am Sonntag durch einstimmigen Beschluß der Kreisversammlung, nachdem der bisherige Kandidat, Genosse Mehner-Berlin, die Erklärung hatte abgelehnt, daß er nicht wieder kandidieren könne.

Zur Stellungnahme der Mannheimer Parteigenossen zu dem Offenburger Parteitag ist noch nachzufragen, daß die Versammlung des sozialdemokratischen Arbeitervereins mit großer Mehrheit nachstehende Resolution zustimmt:

Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Offenburger Parteitages und dem Verhalten der Mannheimer Delegierten einverstanden. Ferner hofft sie, daß die erfolgten Auseinandersetzungen dazu führen, daß auch der Schein verhindert wird, als ob die badische Partei in irgend einer Frage mit den Beschlüssen der Gesamtpartei im Widerstreit steht.

Die vorhergehende Erklärung des Genossen Käppenstein hatte einen wesentlich formalen Charakter und erfolgte, nachdem er selbst an seinem sachlichen Standpunkt durchaus festzuhalten erklärte hatte.

Bei der nachfolgenden Wahl des Landesvorstandes wurden als neue Mitglieder die Genossen Etzhardt und Käppenstein gewählt.

### Gerichtszaal.

Landgericht.

Leipzig, 19. März.

Ein 12jähriger Knabe wegen Urkundenfälschung auf der Anklagebank. Der in Anger-Crottendorf die Bezirksschule besuchende Schulknabe Karl August Friedrich Busch hat im vergangenen Jahre an etwa 120 Schultagen gefälscht. Dies brachte den Lehrer auf die Vermutung, daß B. die Schule nicht wegen Krankheit, sondern aus Faulenzen nicht besucht und er verlangte von ihm im November ein ärztliches Zeugnis. B. nahm das Ortskrankenlassenbuch seiner Mutter heimlich weg, ging damit zu Dr. A. und dieser stellte ihm ein Zeugnis aus, das er die Schule aus Gesundheitsgründen nicht besuchen könne. Das Zeugnis genügte aber dem Direktor nicht; vielmehr verlangte dieser, daß darin angegeben sein müsse, wie lange B. die Schule nicht besuchen könne. B. ging noch einmal zu dem Arzt hin und dieser stellte ihm ein neues Zeugnis aus, daß B. einige Tage fehlen könne. B. änderte diese „einige Tage“ in „einige Wochen“ um und übertrug dem Lehrer das falschende Attest am 12. November. Dieser merkte sofort die Fälschung und es wurde deshalb gegen B. Anklage wegen Urkundenfälschung erhoben. Die Abneigung gegen den Schulbesuch erhält bei B. nicht von schlechter Behandlung in der Schule her. Vielmehr sagt sein Lehrer, daß er ein begabter Schüler sei; der Grund sei der Knabe zum Faulenzen. Der dem B. vom Gericht gestellte Verteidiger ersucht um Freisprechung, da er die erforderliche Einsicht der strafbaren Handlung nicht besessen habe; im schlimmsten Falle bitte er, ihn nur mit einem Verweis zu bestrafen. Die 2. Staatsanwältin nahm aber an, daß B. die erforderliche Einsicht besessen habe und verurteilte ihn zu zwei Tagen Gefängnis.

Kriegsgericht.

Leipzig, 19. März.

Vorschrittwidrige Verhandlung und Misshandlung von Rekruten. Allzu handgreifliche Nachfrage brachte den beim 100. Regiment dienenden Unteroffizier Großkopf vor das Kriegsgericht der 24. Division Leipzig. In der Verhandlung, zu der vier Rekruten als Zeugen geladen worden waren, wurde folgendes gegen den Angeklagten festgestellt: zunächst hatte G. im November v. J. dem Rekruten S. zweimal einen leichten Schlag auf die Wüste verübt, weil er beim Exerzieren die Übung nicht richtig mache. Ferner hatte der Angeklagte etwa zwei Wochen vor Weihnachten dem Soldaten S. bei einer Dienstabteilung die Gewehrgriffe falsch ausführen, eine Übung gegeben. Endlich lamen noch zwei an dem Rekruten S. begangene Misshandlungen in Frage, deren G. sich ebenfalls bei Ausübung des Dienstes schuldig gemacht hatte. Bündorf hatte der Angeklagte dem C. einige Zeit vor Weihnachten beim Turnen einmal ins Gesicht geschlagen. Am 22. Februar war G. dem Rekruten S. gegenüber dann nochmal handgreiflich geworden, indem er ihm einen Schlag ins Genick verabreichte, daß sich bei dem Geschlagenen Kopfschmerzen einstellten. Es war an diesem Tage auf 1 Uhr Rekrutenvorstellung angezeigt worden. Darauf, daß noch im letzten Augenblick ein früherer Termin angezeigt wurde, war G. der die Rekruten der 12. Compagnie vorführen mußte, in Aufruhr geraten, weil er befürchtete, nicht pünktlich mit seiner Mannschaft fertig zu werden. Als C. der seinem Kommandanten G. im Angriffen befürchtete, aus Versetzen eine Holzfallen ließ, erhielt er von dem Angeklagten den erwähnten Schlag ins Genick. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen vorschrittwidriger Verhandlung und Misshandlung Untergebrüder zu zwei Wochen Mittelsarrest. Zu Gunsten des Angeklagten sprach nicht nur der Umstand, daß er jederzeit tüchtig und pflichtgemäß im Dienst war, sondern auch, daß die Misshandlungen nur geringer Art waren.

### Vereine und Versammlungen.

Leipziger Mieter-Verein.

In der ordentlichen Monatsversammlung, die am Mittwoch im Hamburger Hof tagte, wurde nach einleitenden Referaten die Notwendigkeit betont, für die Verhüttung an den kommunalen Wahlen das Bürgerrecht zu erwerben und beschlossen, ein Komitee zu bilden, das für die Erwerbung des Bürgerrechts zu wirken und die Antragsteller zu unterstützen hat. Nachdem über die jetzt so dringende Frage der Tariferhöhung der elektrischen Straßenbahnen eingehend berichtet wurde, wird nach Leipziger Ausbrache folgende Entschließung angenommen: Der Leipziger Mieterverein steht prinzipiell auf dem Standpunkte, daß es 1. im Interesse der Gemeinde liegt, die vorhandenen Verkehrsmitteleinrichtungen im Interesse einer gesunden städtischen Verkehrs- und Bodenpolitik! 2. daß es ferner auf eine Verbilligung der Straßenbahntarife hinzutreten; 3. daß für die Stadtgemeinde keine Verpflichtung besteht, noch daß es 4. daß es ferner im gesundheitlichen Interesse liegt, den Altionären der bestehenden privaten Straßenbahnen eine hohe Dividende zu garantieren; 5. daß es ferner im gesundheitlichen Interesse der gesamten Bevölkerung, besonders aber der unbemittelten Bevölkerungsschichten der Stadt Leipzig, liegt, die nähere Umgebung der Stadt Leipzig begneben und ohne große Kosten Sonntags zu ihrer Erholung auszufuchen zu können. Aus diesen Gründen erklärt sich der Leipziger Mieterverein entschieden gegen jede Erhöhung der Fahrtpreise der Leipziger Straßenbahnen. Diese Entschließung wurde einstimmig angenommen.

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 20. März.

Der Prozeß Wolla gegen den verantwortlichen Redakteur der Leipziger Volkszeitung, Genossen Freih. Seger, der heute vor dem Schöffengericht zur Verhandlung stand, ist vertagt worden. Der Verteidiger des Klägers beantragte die Hinzuziehung eines weiteren Berliner Sachverständigen. Außerdem wird ein hiesiger gerichtlicher Sachverständiger angezogen werden.

**Arbeitslosenunterstützung und Holzarbeiter.** Auf dem im Jahre 1900 in Nürnberg abgehaltenen Verbundstage des Deutschen Holzarbeiterverbandes war u. a. beschlossen worden, im laufenden Jahre eine Urabstimmung über die eventuelle Einführung der Arbeitslosenunterstützung vorzunehmen. Dieselbe hat in den letzten Tagen auch unter den Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes in Leipzig stattgefunden. Es beteiligten sich davon 1658 Mitglieder; 1018 gaben für und 640 gegen die Arbeitslosenunterstützung ihre Stimme ab.

Die Pariser Theaterreise der Leipziger Studenten, über die wir gestern an anderer Stelle gesprochen haben, ist nun doch, wie es heißt, "bis nach den französischen Kammerwahlen" verschoben worden. Der übrige Teil der Fahrt soll im April ausgeschifft werden.

Auch das Rektorat der Universität Leipzig hält es für notwendig, mitzuteilen, was man ohnehin schon weiß: Dass es nämlich mit der geplanten Studentenfahrt nichts zu thun hat. Es versendet an bürgerliche Blätter diese Erklärung:

Über den Charakter der neuverdings vielbeyprochenen Studentenfahrt nach Paris z. scheinen vielfach irgendeine Meinung zu sein. Wir können dem gegenüber konstatieren, dass es sich bei der geplanten Theatraufführung in seiner Weise um eine Unternehmung der Leipziger Universität oder Studentenschaft oder nur einer von ihnen Gruppen handelt, sondern lediglich um ein Privatunternehmen des Herrn Studenten A. v. Gellach, dem eine Reihe einzelner Studierenden sowohl von Leipzig wie von anderen deutschen Hochschulen beigetreten sind, und der auch einige Leipziger Professoren persönlich ihre freundliche Teilnahme geschenkt haben, nachdem der ganze Plan von Seiten hervorragender Pariser Gelehrten bestafft und Förderung erfahren hätte.

Die übertriebene Wichtigkeit, mit der dieses private Unternehmen bisher behandelt worden ist, hat seine Ausdünken schneidig verbessert. Einhae scheint es, als ob Ausschoben in diesem Falle auch Aufgehoben heißen sollte!

**Gewerbegechtliches.** Eine wichtige Neuerung hat beinahe die mit 1. Januar 1902 in Kraft getretene Gewerbegechts-Novelle hinsichtlich der Schiedsverträge, welche die gewerbegechtliche Kompetenz für künftige Streitigkeiten ausschließen sollen, gebracht. Nach den Bestimmungen der Novelle sollen derartige Schiedsverträge nur dann rechtmäßig sein, wenn noch dem Schiedsgerichte bei der Entscheidung von Streitigkeiten Arbeitgeber und Arbeiter in gleicher Zahl unter einem Vorsitzenden mitsitzen, der weder Arbeitgeber noch Angestellter eines beteiligten Arbeitgebers, noch Arbeiter ist. Besonders bedeutsam wird diese Bestimmung für die auf Grund von § 51 des neuen Buchdruckertarifus konstituierten Schiedsgerichte, die an allen Kreisvororten und auf Landtag auch an den größeren Dörfern errichtet werden sollen. Diese Schiedsgerichte sind nicht etwa mit Finanzschiedsgerichten, welche obligatorisch kraft gesetzlicher Bestimmung an Stelle der Gewerbegechte treten würden, identisch, sie teilen vielmehr ihre Kompetenz aus den Schiedsverträgen der Beteiligten ab, die generell für alle künftigen Tarifstreitigkeiten mit der Annahme des Tarifus geschlossen werden. Nach den in neuerster Zeit geplanten Entscheidungen des hiesigen Buchdruckertarifschiedsgerichts kommt es den Anschein, als ob die Verfassung dieses Schiedsgerichts nicht mit den obenerwähnten Bestimmungen der Novelle in Einklang stehe. Es dürfte, wenn diese Annahme begründet erscheinen sollte, im Interesse der Beteiligten Kreise liegen, auf eine Änderung des Tarifus in dieser Richtung hinzuwirken, da sonst bei der Anrufung des Schiedsgerichts der Gegner sich auf die Unwirksamkeit der Tarifbestimmungen über Schiedsverträge mit Erfolg berufen könnte.

Unsere gemütlischen sächsischen Verhältnisse sind meist unserer lieben deutscher Freundschaft offenbar böhmische Dörfer, sonst würden nicht so gesinnungslückliche Blätter wie die nationalliberale Kölnerische Zeitung sich über einen Vorgang so sehr verbünden, der im gemütlischen Sachsenlande ein alltäglicher ist. Hat da ein rheinischer Industrieller einen fachlichen Arbeiter aus Leipzig angenommen, der hier an Staats- und städtischer Einführung sowie Kirchensteuer rund 30 Mark schuldig geblieben und von einem der Vollstreckungsbeamten der Stadt Leipzig erfolglos gepfändet worden war. Man sollte nun annehmen, so sagt die Kölnerische Zeitung, dass der Steuerbetrag als uneinziehbar in den Schornstein geschrieben worden wäre. Aber das Vollstreckungsamt der Stadt Leipzig deutet und handelt anders. Es wendet sich in einem gedruckten Formular Nr. 26 an den rheinischen Industriellen und erläutert ihm in einem geradezu rührenden Briefe, einerseits den Steuerbetrag von seinem Arbeitnehmer einzuziehen. Der Vorfall ist zu bezeichnen, als dass wir ihn nicht mitteilen sollten. Es heißt da in einer endlosen, geradezu ungewöhnlichen Sägholz:

In der Voraussetzung, dass der obengenannte Schuldner ohne Gefährdung seines wirtschaftlichen Bestandes in der Lage ist, den vorangegebenen Steuer- und Kostenbetrag, wenn auch nur nach und nach, zu bezahlen, sowie unter Hinweis darauf, dass wir nur im allgemeinen Interesse handeln, wenn wir die durch Pfändung in die beherrschende Hande der Schuldner nicht zu erlangen gehofften Steuern noch durch Anrufung des Einkusses des Arbeitgebers auf den Arbeitnehmer zu erlangen ver suchen, zumal da erfahrungsgemäß namentlich bei unterheirateten Arbeitnehmern der Grund der unterbliebenen Steuerzahlung nicht soviel im Nichtkönnen, als vielmehr im Nichtwillen liegt, richten wir hierdurch die ergebene Bitte an Sie, den obengenannten Schuldner zur baldigen Bezahlung seines vorbehaupteten Steuer- und Kostenrückstandes in geeigneter Weise anhalten und uns von dem Erfolge Ihrer diesfallsigen Thätigkeit bald gefällig benachrichtigen zu wollen. Für die und durch die Erfüllung dieser unserer Bitte im öffentlichen Interesse geleistete Unterstützung sorgen wir Ihnen im voraus ergebensten Dank.

Die "ergebene Bitte" des Leipziger Steueramts an den rheinischen Unternehmer findet nun in der Kölnerischen Zeitung folgendes Echo:

Wir müssen gestehen, dass uns eine derartige steuerpolitische Säumung noch nicht vorgekommen ist. Was hat die Einziehung des sächsischen Steuerbetrages für einen Rheinländer überhaupt für ein "allgemeines Interesse" und wie kann das Vollstreckungsamt des Rates der Stadt Leipzig sich zu der Erklärung verstehen, dass der rheinische Arbeitgeber durch die Er-

füllung unserer Bitte eine Unterstützung im "öffentlichen" Interesse leiste? Würde da nicht mit gleichen Rechten jeder kleine Leipziger Gewerbetreibende, ein Bäcker, ein Schneider, dem jener Arbeiter aufsässig etwas schuldig geblieben sein sollte, sich an den neuen Arbeitgeber wenden und ihn gleichfalls im allgemeinen Interesse ansiehen, den Schuldner gut baldigen Zahlung seiner Schulden anzuhalten? Was würde daraus wohl für ein Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer entstehen? Nebenbei da, namentlich in kleineren Betrieben, wo noch gute patriarchalische Verhältnisse aufrecht erhalten werden — und das ist in Deutschland glücklicherweise keine Seltenheit —, pflegt sich der Arbeitgeber stets als der natürliche Schützer seiner Arbeiter zu betrachten. Wollte man dem Wunsche des Leipziger Volksfestungsbautes entsprechen, so würde das geradezu zu einer Aufhebung und Verfeindung der Arbeiter gegen ihren Arbeitgeber führen.

Wir würden diesen Vorfall nicht weiter verfolgt haben, wenn wir dinnnehmen könnten, dass er nur dem Nebeneifer eines einzelnen untergeordneten Beamten entstanden sei und durch eine entsprechende Beschwerde an der vorgefegten Stelle rasche Abhilfe finden würde. Aber die Thatstelle, dass man für eine solche Bitte sogar ein besonderes Formular hat dastehen lassen, beweist, dass dieses eigenartige Vorzeichen durchaus den Anschauungen und Gebräuchen hielten der sächsischen Steuerbehörden entspricht. Wenn die tatsächlichen Arbeitgeber sich das gefallen lassen, so ist das ihre Sache. Sie liefern damit den Beweis ihrer Ammung gebüld, um die wir sie nicht beneiden. Aber wir hoffen, dass in Zukunft nicht sächsische Arbeitgeber mit solchen Bestimmungen nicht belässtigt werden.

Das rheinische Blatt hat keine Ahnung davon, dass in Sachsen der Unternehmer für Steuer-Mitschulden der bei ihm in Arbeit tretenden Personen sogar selbst haftbar gemacht werden kann und zwar von Gepeß wegen. Ob die Unternehmer und andere Leute hammegeblüdig sind oder nicht, im Lande der Gepeßjäzzien herrscht eben Ordnung.

Die Leipziger Kanalstraße schreibt in ein neues Stadium gekreisen zu sein. Aus Torgau wird unterm 19. März gemeldet: Zur Einleitung der Vorarbeiten für einen großen Schiffsfahrtsweg Berlin-Riesa-Leipzig erfolgte heute hier selbst die Gründung eines Komitees hervortragender Großindustrieller Mitteldutschlands. Die Kosten sind auf 190 Millionen Mark veranschlagt, wovon Preußen und Sachsen zusammen 100 Millionen, die Interessensverbände ca. 90 Mill. Mark tragen sollen. — Abzuwarten bleibt natürlich vor allem, ob die Interessenten zu einem solchen Opfer sich bereit finden lassen.

Die geplante Erhöhung der Sonntags-Fahrpreise der elektrischen Straßenbahnen hat bei den Hausbesitzern des Bezirkvereins Leipzig-Ost entgegengesetztes Verständnis gefunden. Es würde wie folgt verordnet: Der Bezirkverein Leipzig-Ost kann sich angemäß des ungünstigen Standes der Straßenbahnen im öffentlichen Interesse, das ist im Interesse eines bleibenden ungefährten Verkehrs, der Notwendigkeit einer möglichen Sonntags-Tariferhöhung nicht verschließen. — Es wäre wunderbar gewesen, wenn der Beschluss anders ausgestanden wäre.

Die Verfeindung Leipzigs in die Servitalklasse A ist vom Bundesrat abgelehnt worden. Leipzig soll in der Servitalklasse I verbleiben. Im Reichstage wurde es darüber zu einer Debatte kommen.

Von der Universität. Die Privatdozenten Dr. Wolfgang Stünking und Dr. Wolfram August Engelmann in Leipzig sind zu außerordentlichen außerordentlichen Professoren in der Juristischen Fakultät der Universität Leipzig ernannt worden.

**Sanitätsrat Dr. Schallenberg-Lipsig** ist mit 86 von 90 abgegebenen gültigen Stimmen zum außerordentlichen ärztlichen Mitgliede des Landes-Medizinal-Kollegiums und zum Vorstand des dätzlichen Kreisvereinsschusses für den Regierungsbezirk Leipzig an Stelle des nach Berlin verzeigten Sanitätsrates Dr. Heinze auf die Jahre 1902 bis mit 1905 gewählt worden. Der Gewählte hat sich zur Annahme der Wahl bereit erklärt.

**Alte und neue Briefmarken.** Von 20. bis 31. März soll man die alten Briefmarken gebrauchen, aber neue kaufen, nach dem 31. März soll man nur noch neue gebrauchen und die noch vorhandenen alten umtauschen. Postkinder in der Verwendung der Marken werben bis auf weiteres aber nicht durch Strafporto geahndet.

**Das Oberverwaltungsgericht (I. Senat)** verhandelt am 1. laufenden Monat über die Anfechtungslage des Buchdruckerbesitzers Brandstetter in Leipzig, das Verbot der fernere Beimischung einer Rotationspreise bestreitet, setzte jedoch am Verhandlungstage die Bekämpfung des Urteils aus. Letzteres ist nunmehr bekannt geworden und lautet auf Aufhebung des Verbotes unter Verurteilung der beigefügten Fabrik der Firma Georg Lang in die Kosten des Verfahrens. Die Beigefügten, deren Grundstück mit der einen Giebelmauer an dasjenige des Alters ist, halten sich über die unerträglichen Gerüchte und die überaus starken Erdbebenungen, die durch den Betrieb der in der näheren Umgebung aufgestellten Rotationspressen erzeugt wurden, beim Stadtrat zu Leipzig wiederholte beschwert. Aufgrund dieser Beschwerden wurde dem Kläger die fernere Beimischung der an der Giebelwand aufgestellten Rotationspressen untersagt. Kläger hatte hiergegen Rechts, nach Abweisung desselben durch die Kreischaftsmannschaft Leipzig gegen deren Entscheidung die Anfechtungslage erhoben und in beiden Eingaben die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörde zum Einschreiten bestritten. Das Oberverwaltungsgericht erachtet die Maße für begründet, da die Voraussetzungen eines polizeilichen Einschreitens nicht gegeben seien. Dies sei nur dann der Fall, wenn die durch die gewerbliche Tätigkeit des Einzelnen verursachten Verunreinigungen Dritter über das Maß dessen hinausgehen, was als notwendige Folge des gesellschaftlichen Nebeneinanderlebens der Menschen notwendigerweise von jedem ertragbar werden muss, und zugleich eine Störung der öffentlichen Ordnung, der Allgemeinheit enthalten. Im vorliegenden Falle könne nun zwar das erste Erfordernis als vorhanden angenommen werden, allein es fehle an dem weiteren: der zugleich verursachten Störung der öffentlichen Ordnung, da die schädlichen Einwirkungen nicht über die Grenzen des Nachbargrundstücks hinausgehen.

Neher die elektrischen Straßenbahnen Sachsen im Betriebsjahr 1901 ist jetzt eine Statistik im Dresdenischen Journal veröffentlicht worden. Danach hat die Zahl der verkehrten Personen insgesamt und im Verhältnis zur Anzahl der Motorwagenkilometer und der beförderten Personen abgenommen. Dabei haben jedoch die schweren und tödlichen Verlebungen prozentual eine geringere Abnahme erfahren als die leichteren Verlebungen. In einem großen Teile sind die Unfälle auf eignes Versehen zurückzuführen. Numerisch erhält sich die Zahl der durch Auf- und Abfahrten verursachten Personen stetig auf gleicher Höhe; sie beträgt 2% der Gesamtzahl der Unfälle und ist geeignet, dem Publikum die

großen Gefahren des Auf- und Abpringens erneut und eindringlich vor Augen zu führen. Güterverkehr ist bei der Meißener Straßenbahn eingerichtet worden. Unfälle mit Verlegung von Personen sind bei dem Güterbetrieb nicht vorgekommen.

**Unfall.** In der Zeitzer Straße wurde gestern ein Mann von Krämpfen befallen. Er schlug dabei so heftig auf die Trottoirbank auf, dass er sich dabei eine Rückgratverletzung zog. Der Verunglückte musste Aufnahme im Krankenhaus finden.

Durch Erhängen hat sich heute früh in einem Grundstück der Münzgasse ein hier zugereister fremder Mann entdeckt. Die Persönlichkeit des Fremden, der etwa 35 bis 37 Jahre alt sein mag, ist noch nicht festgestellt. Der Leichnam ist an die Autopsie abgeliefert worden.

**Bermischt** wird seit dem 16. März der am 9. März 1856 in Emedorf geborene Droschenkutscher Friedrich Arthur Grebner aus seiner in der Rathausstraße in L.-Mendius gelegenen Wohnung. Der Bermischt ist etwa 1,70 Meter groß, von kräftiger Gestalt, hat dunkelblondes Haar, kleine Gläze, volles rundes Gesicht und dunkelblonden Vollbart. Seine Kleidung bestand aus dunklem Jackenanzug, dunklem Winterüberzieher und einem schwarzen weichen Filzhut. Es wird befürchtet, dass dem Mann ein Unglück zugestoßen ist.

**Fällig geworden** ist gestern nach Unterschlagung von 1000 M. der am 22. Juli 1882 in Dresden geborene Expedient Heinrich Eduard Hermann Freyberg, der zuletzt in einer hiesigen Musikalienhandlung in Stellung war. Der Flüchtige ist etwa 1,80 Meter groß, von mittlerer Gestalt und hat dunkelblondes Haar.

Im Bureau eines hiesigen Rechtsanwalts erschien gestern ein unbekannter Mensch und präsentierte dort eine Rechnung für 20 Centner Brinquells, die er in die Wohnung des Rechtsanwalts geliefert haben wollte. Die Rechnung wurde auch bezahlt. Hinterher stellte sich dann heraus, dass die Angaben von der Brinquelllieferung Schwund waren. Der Vertrüger war etwa 30 bis 35 Jahre alt, etwa 1,70 Meter groß, von kräftiger Gestalt, hatte volles Gesicht, blonde Schnurrbart und trug ein dunkles Jackett, braune Unterjacke und eine schwarze Mütze. Es ist nicht ausgeschlossen, dass der Vertrüger dasselbe Mandat auch anderwärts verüben wird.

**kleine Polizeinachrichten.** Wegen schwerver Urlaufsfälschung erfolgte die Festnahme einer 34 Jahre alten Kaufmanns von hier. Der Verfeindende hat einen Wechsel über 100 M. auf den Namen seines Prinzipals gefälscht und in Zahlung gegeben. Ein 21 Jahre alter Kellner von hier stahl aus einem Restaurant der inneren Stadt einen Winterüberzieher und wurde deshalb in Haft genommen.

Von einem Postwagen wurde ein Colli gestohlen, das 28 Paar gelbe Knoppschuhe und ebensoviel Paare gelbe Schnürschuhe im Werte von zusammen 102 M. enthielt.

Aus einer Stuhzelle des städtischen Schlachthofs sind drei halbe Schweine im Werte von 100 M. gestohlen worden. Der Dieb hat sich zum Leffnen der Zelle eines Nachtlücks bedient.

Gestern nachmittag wurde aus einem Grundstück der Sellstrasse ein Rover, Matze Brennabor mit der Nummer 181 052, gestohlen.

Durch einen ruchlosen Streich ist der Besitzer eines Neubaus in L.-Gohlis empfindlich geschädigt worden. Zu der Nacht zum 19. d. Mts. wurde in dem Gebäude das Wasserleitungstroh abgerissen und dann die Leitung angezapft. Dadurch ist der Keller vollständig unter Wasser gesetzt worden. Der Thäter ist noch nicht ermittelt worden.

Infolge des Unfalls eines Lichtes gerieten gestern abend in einer Wohnung der Neuenhäuser Straße in L.-Thonberg die Gardinen und verschiedene Kleidungsstücke in Brand. Die Feuerwehr unterdrückte alß bald das Feuer.

Auf der Neueren Hälleschen Straße wurde gestern abend ein fünijähriges Mädchen von einem Radfahrer, dem es gerade in die Bahn lief, ungerissen. Zum Glück trug das Kind nur leichte Verlebungen davon.

## Gemeinde-Zeitung.

Aus dem Stadtverordnetesaale.

(Sitzung vom 19. März 1902.)

Das Schreiben eines Dr. Müller, betreffend die Tariferhöhung bei den Straßenbahnen, wird als anonym bezeichnet und zurückgelegt, weil bei der Häufigkeit des Namens nicht festzustellen sei, wer der Absender der Eingabe ist.

Die Eingabe des Bezirkvereins West-Leipzig mit Verbreiterung der Kaiser-Wilhelm-Straße in Lindenau am Lappischen Grundstück empfohlen, der Oekonomie-Ausschuss zur Überweisung an den Rat zwecks Erwiderung. Der Referent Stadt. Kaiser macht darauf aufmerksam, dass die Straße an jener Stelle sehr schmal sei, obwohl die Straßenbahn dort durchfährt. Auch sei an jener Stelle erst kürzlich noch ein Kneipe verunglückt.

Stadt. Frenzel hätte es lieber gesehen, wenn die Eingabe dem Rat zur Berücksichtigung überwiesen worden wäre und nicht nur eine Verbreiterung des Fußweges, sondern auch der Fahrstraße herbeigeführt würde.

Nachdem noch Stadt. Pache für die Eingabe eingetreten ist, wird der Ausschussantrag einstimmig angenommen.

Der Erwerbung von Borgartenareal in der Wurzener Straße zu Sellerhausen wird zugestimmt, ebenso der Erwerbung von Borgartenareal in der Neueren Hälleschen Straße zu Gohlis. Für die Verbreiterung der letzteren Straße werden außerdem 31050 M. bewilligt.

Die Errichtung einer Gerätekammer mit Arbeiter- und Aufseherstube, sowie die Errichtung eines Wagenschuppens für die Straßenreinigung auf den Bauernwiesen an der Scrobingstraße wurde unter Herabsetzung der Kosten auf 2980 Mark genehmigt.

Der Haushaltplan für Conto 22, Sonstiger Grundbesitz in der Stadtkirche, wurde genehmigt.

Eine Eingabe des Vereins Leipziger Gastricht wünschte die Verpachtung der in städtischen Gebäuden befindlichen Restaurants direkt an die betr. Wirt. Der Verkehrs-Ausschuss beantragte, die Eingabe dem Rat zur Erwägung zu überweisen und den Rat zu eruchen, alle Neu- und Wiederverpachtungen von Schanklokalitäten in städtischen Grundstücken öffentlich auszuschreiben. Der Referent Stadt. Reinhardt führte aus, dass jetzt die betr. Restaurants zum Teil an Brauereien verpachtet würden, mit denen die betr. Wirt. Astermietverträge eingehen müssten, wobei die Abmieter sämtlich dem Rat gegenüber übernommene Verpflichtungen übernehmen und das Bier der betr. Brauerei verzehren müssten. Außerdem durfe der Wirt nur eine Sorte anderes Bier (Bavaria) verzapfen, davon aber nur ein bestimmtes Quantum, wenn er nicht eine Konventionalstrafe von 1—4000 M. bezahlen wolle. Ferner müsse der Wirt das bayerische Bier durch die betr. Brauerei beziehen und müsse so

pro Hektoliter 1 Ml. bis 1,50 Ml. mehr bezahlen als bei direktem Bezug. Auch verlangt die Brauerei noch eine Kautions und leiste sich auch das Inventar des Wirtes verpfänden. Wenn dann der Wirt wirklich einmal in Konkurs gerate, sei zwar die Brauerei gedeckt, nicht aber die übrigen Gläubiger, wie Bäcker, Fleischer etc.

Stadtv. Kämpfer will wissen, ob man auch Erklärungen von der anderen Seite eingezogen hätte, da man doch möglicherweise mit dem Ausschusshandtage zu Ungerechtigkeiten kommen könne. Ihm seien Fälle bekannt geworden, in denen zwar eine Forderung gegen die betreffenden Wirtes vorzuzeigen scheine; wenn man aber der Sache auf den Grund gehe, so seien die betreffenden Vertragssbestimmungen doch berechtigt.

Stadtv. Kämpfer betont, die Eingabe enthalte keine Überreibungen, sondern nur Feststellungen von Thatsachen.

Stadtv. Böhme erklärt, er habe bei der Einsichtnahme der Verträge die Angaben der Petition bestätigt gefunden.

Stadtrat Lampe betont, daß über den jetzigen Zustand noch keine Klage an den Rat gelommen sei. Wenn solche Klagen schon früher erfolgt wären, so würde der Rat auch eingegriffen, und zwar energisch eingegriffen haben. Von den zwanzig in städtischen Gebäuden befindlichen Restaurants seien zehn an Brauereien verpachtet. Drei von diesen Pachtverträgen seien mit den erworbenen Gebäuden vom Rat übernommen worden; die früheren Haussitzer hätten es also auch schon für vorteilhaft gehalten, mit Brauereien Pachtverträge einzugehen.

Stadtrat Dr. Schmidt erklärt, auch früher habe der Rat schon von Fall zu Fall entschieden. Bei den Restaurants der Markthalle und des Vieh- und Schlachthofes seien Ausschreibungen erfolgt, wobei die Brauereien höhere Angebote abgegeben haben. Der Unternehmer müsse bei Eingehung eines Vertrages mit einer solchen Brauerei eben die Augen aufmachen; übrigens seien auch die Unternehmer in der Regel nicht schlecht gefahren, da sie es immerhin zu einem Wohlstand gebracht hätten.

Auf eine Anfrage des Stadtv. Nyssel wird festgestellt, daß sich der Bürgermeister und das Dresdener Thorhaus in der Pacht der Niedersächsischen Brauerei, das Gohliser Thorhaus in der Pacht der Vereinsbrauerei, die Markthalle und der Vieh- und Schlachthof in der Pacht der Gohliser Brauerei und der Stadtgarten in der Pacht der Jquentiner Brauerei befinden.

Der Ausschusshandtag wird hierauf angenommen.

Es folgte die Beratung der Conten der höheren und Volkschulen. Der Referent empfahl für die Gewerbeschule einen Ausschusshandtag, den Rat zu ersuchen, behufs Erhöhung der großen Anzahl von Hilfsunterrichtsstunden noch einige neue eltmäßige Lehrstellen zu begründen.

Bürgermeister Dr. Dittrich erwiderte, daß ohne Überstunden bei der Gewerbeschule nicht auszukommen sei, da gerade für diese Schule das Angebot von Lehrkräften sehr schwach sei. Es seien noch nicht einmal jetzt alle ordinären Lehrstellen besetzt.

Stadtv. Körner macht darauf aufmerksam, daß sich auch unter den Leipziger Volkschullehrern, namentlich unter den Fortbildungschullehrern, geeignete Lehrkräfte für die Gewerbeschule befinden. Freilich müsse man denselben an der Gewerbeschule auch eine bessere Vergütung gewähren.

Bürgermeister Dr. Dittrich: An der Gewerbeschule seien ja bereits Volkschullehrer mit thätig; diese seien aber nicht für alle Fächer zu verwenden. So seien jetzt an der Gewerbeschule unbedingt die Stellen für Mathematik und Naturwissenschaften, die Stelle eines elektrischen Zugemerkts und die eines Belehrlehrers.

Stadtv. Pache erklärt, er sei darüber entsezt, daß es für die Gewerbeschule noch an einem Lehrplan, der die Vorausbereitung für ein gebildliches Wirken sei, mangelt.

Bürgermeister Dr. Dittrich: Es mangelt keineswegs an einem Lehrplan mit allgemeinen Grundfächern, nur fehle es noch an einer detaillierten Ausstellung aller in Betracht kommenden Specialitäten für den Lehrgang eines ganzen Jahres.

Beim Specialbudget der Realschulen beantragte der Schulausschuß, die Zweiganstalt der II. Realschule in Anger-Trotendorf nach und nach einzugehen zu lassen. Der Referent, Stadtv. Pache, betonte, daß die Realschulen nur bestimmten Klassen zu gute kommen. Von den Abiturienten wenden sich %, dem Kaufmannsstande, die übrigen dem Ingenieur- und Baufach zu. Zu diesem Jahre werde nur ein Abiturient Handwerker, nämlich Schlosser. Der Referent hoffe auf die Errichtung einer neuen gewerblichen Schulanstalt, nämlich einer Handwerkerschule.

Stadtrat Dr. Schanz: An die Errichtung einer Handwerkerschule sei bereits gedacht worden. Die II. Realschule sei überfüllt; sie habe jetzt 1000 Schüler. An ein Eingehen der Filiale in Anger-Trotendorf könne zwar gedacht werden, aber erst wenn eine neue V. Realschule eröffnet sei.

Stadtv. Pache erwidert, der Ausschusshandtag halte das Bedürfnis nach Realschulen für gedeckt; mehr als Platz vorhanden, sollen nicht Schüler aufgenommen werden. Das Bedürfnis nach Realschulen werde sofort nachlassen, wenn das jetzige billige Schulgeld eine Erhöhung erfahre. Er bitte, das Gespenst einer neuen Realschule zu befreiten.

Stadtv. Gangloff bittet, den Ausschusshandtag abzulehnen, ebenso Bürgermeister Dr. Dittrich.

Stadtv. Böhme: Man solle die Aufnahmeprüfung für die Realschule strenger gestalten. In der Quarte der II. Realschule blieben in diesem Jahre 33% Prozent der Schüler sitzen. Zum Sitzendebleiben seien doch die Realschulen gewiß nicht da.

Stadtrat Dr. Schanz: In diesem Jahre seien 14 Schüler wegen mangelnder Vorkenntnisse zurückgewiesen worden.

Stadtv. Böhme: An der Überfüllung der Realschulen sei meist nur die Eitelkeit der Eltern schuld, die ihre Söhne als Einjährige dienen lassen wollten.

Stadtv. Möller ist für den Ausschusshandtag; ihm sei der Fall bekannt geworden, daß dem Sohne einer Witwe mit 400 Ml. Einkommen eine Freistelle bewilligt worden sei.

Stadtv. Lange ist gegen die Erhöhung des Realschulgeldes. Die Freistellen sollten doch nicht nur den Söhnen von Bankrotteuren, sondern vor allem den bestätigten Kindern der ärmeren Volkschichten zu gute kommen.

Stadtv. Böwe ist für die Errichtung einer neuen Realschule in der Erwartung, daß sich später einmal ein Lehrerinnenseminar aus dem Gebäude der höheren Schule für Mädchen daraus entwickeln.

Bei der Abstimmung wurde ein Votrag Böhme mit 32 gegen 25 Stimmen angenommen, wonach bei der Aufnahme in die Realschulen strengere Anforderungen an die geistige Beschäftigung der Schüler gestellt werden sollen.

Zu einer längeren Debatte kam es dann noch bei dem Etat für die höhere Schule für Mädchen mit dem Lehrerinnenseminar. Stadtv. Dr. Fritzsche beantragte das Lehrerinnenseminar aus dem Gebäude der höheren Schule für Mädchen

zu entfernen und wünschte ferner, daß die Seminaristinnen auch in den Volksschulen Lehrproben abhalten könnten.

Stadtrat Dr. Schmidt wandte sich energisch gegen den Antrag Fritzsches, weil das Lehrerinnenseminar seiner ganzen Lage nach der Aufbau an die Mädchenschule sei.

Schließlich wurde der Antrag Fritzsches dem Schulausschuß zur Vorberatung überwiesen.

Bei dem Etat der Volksschulen erkundigte sich Stadtv. Körner nach dem Schicksal des im Jahre 1897 von den Stadtvorordneten gestellten Erwöhnungsantrages betr. die Vereinigung der Bürger- und Bezirksschulen, wünschte die Errichtung von Schwimmunterricht an den Volksschulen, sowie Vermehrung der Jugendspielplätze.

Stadtrat Dr. Wagner kündigte an, daß den Stadtvorordneten demnächst eine Denkschrift über die Frage der Vereinigung der Bürger- und Bezirksschulen zugehen werde. Der Schwimmunterricht sei für den nächsten Sommer bereits in Aussicht genommen worden. Auch an die Erweiterung der Jugendspiele sei gedacht.

Hierauf wurde das Tonto der Schulen genehmigt.

In vorgerückter Stunde kam noch eine Ratsvorlage wegen Erhöhung des Erziehungsbetrages des Armenamtes für die Böblinge der Freie-Stiftung für städtisch gefährdet Kinder zur Verhandlung. Die Anstalt halte bisher 30 Böblinge; sie hat noch für weitere 30 Böblinge Platz, die ihr das Armenamt auch zuweisen will. Der Erziehungsbetrag soll dabei pro Böbling und Jahr von 200 Ml. auf 240 Ml. erhöht und noch ein zweiter Lehrer angestellt werden.

Stadtv. Pöllendorf erklärte für seine Freunde kurz und blindig, daß sie gegen die Ratsvorlage stimmen würden, weil sie die ganze Erziehungsmethode in solchen Anstalten für verschlechtelt halten.

Der Ausschusshreferent Oberlehrer Professor Böwe wies diese Auseinandersetzung des Vorredners zurück und wünschte sachliche Gründe zu hören.

Stadtrat Dr. Wagner erklärte sich die Gegnerschaft der Sozialdemokraten gegen die Freigefüllung aus dem Umstände, daß bei der Errichtung der Anstalt gesagt gewesen sei, sie sollte nach dem Muster des Blauen Hauses in Hamburg eingerichtet werden.

Stadtv. Pöllendorf: Der Referent habe sich für berufen erachtet, sein Urteil über die Erziehungsart in der Freigefüllung zurückzuweisen. Er könne sich darüber nur wundern, denn es sei doch seine Sache, ob er etwas für verfehlt erachtet oder nicht. Was seine sachlichen Gründe betreffe, so sei Stadtrat Wagner denselben ziemlich nahe gekommen. Er halte die Familienerziehung solcher Kinder für besser als die Anstaltsziehung. Er habe wiederholt beobachtet, daß die Kinder bei Ausgängen nicht nur von dem Lehrer, sondern auch noch von zwei Lehrern beachtigt würden. Ein breiter Raum nehme bei der Erziehung in der Freigefüllung die Religion ein, die für das spätere Leben der Böblinge so gut wie wertlos und auch auf die Moralität nur von geringem Einfluß sei.

Vorsteher Dr. Junc: Stadtv. Pöllendorf habe Aeußerungen gethan, die die Majorität des Kollegiums in ihren Gefühlen arg verletzen müssen. Das sei ungebührlich und der Vorredner solle diese Gefühle achten. (Grußwort des Stadtv. Pöllendorf: Das ist ja nicht schlecht!) Vorsteher Dr. Junc: Wie? Ich verbitte mir solche Böschenreise! (Stadtv. Pöllendorf meldet sich zum Wort.)

Referent Prof. Böwe schildert das tägliche Leben in der Freigefüllung. Gegen eine solche Erziehung lasse sich nichts einwenden.

Stadtv. Pöllendorf: Der Vorsteher erklärte es für ungebührlich, die Gefühle der Majorität zu verleugnen. Die Gefühle (Pöllendorfs) Freunde seien in diesem Saale schon wiederholt durch Aeußerungen anderer Redner verlegt worden, ohne daß der Vorsteher Aufschluß genommen habe, diese Gefühle zu schützen. Er persönlich verzichte auch darauf; denn es komme doch nicht auf die Gefühle, sondern lediglich auf die Argumente an, die gegenseitig geltend gemacht würden. Im übrigen befinden man sich doch in keiner Schulstube.

Die Ratsvorlage wurde hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Es folgt noch eine ulköffentliche Sitzung.

## Soziale Rundschau.

### Gewerbeschulisches.

**Bauarbeiterauswanderung in Amsterdam.** Gestern beschlossen in Amsterdam fünf Arbeitgebervereinigungen des Bausatzes, denen 66 Firmen angegeschlossen sind, alle Männer, Handlanger und Postträger von heute ab auszuschließen. Infoßeben steht die Arbeit in fast allen Gebäuden still. Der bereits wochenlange Streik ruht auf Autoritätsfragen. Angeschlagene Diamantschleiferstreik wird die Zahl der Arbeitslosen erstaunlich wachsen.

**Telegraphische Depeschen.**

**Wolfs telegraphisches Korrespondenz-Bureau.**

**Plauen, 20. März.** Wie dem Vogtländischen Anzeiger aus Eger berichtet wird, hat dort in vergangener Nacht der Volksschuldirigent Stark in einem Wahlfallsfall seine beiden Töchter, 15 und 16 Jahre alt, mit einem scharfen Messer erschlagen. Die beiden Opfer sind im Schlafe überwältigt worden. Stark, dem vor etwa vier Wochen seine Frau gestorben ist, hat sich selbst der Polizei gestellt.

**Auskunfts in Rechtsfragen.**

**Dr. H. Neuditz.** Wir halten die Sache für zweifelhaft, da eine Täuschung nicht vorliegen dürfte. Sie haben die Sammlung durchgesehen und auch selbst geschaut. Eine Ansektion des Kaufvertrags wegen arglistiger Täuschung scheint uns deshalb ausgeschlossen. Nicht weniger zweifelhaft erscheint uns, ob Sie bei der Sachlage Herablegung des Kaufpreises verlangen können. Es dürfte das beste sein, wenn Sie mit Ihrem Gegner direkt eine Einigung herbeizuführen suchen, infolge deren dieser Ihnen einen Teil der Kaufsumme nachläßt.

**Versammlungskalender.**

**Donnerstag:** Steinreiter. Römischer Hof, Mittelstraße 11. Abends 11,7 Uhr. **Verein Vorwärts, Schulz-Süd.** Comptoir zu Connewitz. Abends 11,9 Uhr.

**Zur gefälligen Beachtung!**

Von einigen Filial-Inhabern und Aussträgern wird darüber gellagt, daß die Abonnementsbeiträge zuweilen erst gegen Ende des Monats eingehen. Wir machen die verehrlichen Leser darauf aufmerksam, daß der Abonnementsbeitrag im vorans zu bezahlen ist, und daß unsere Aussträger und Filialen-Inhaber gehalten sind, Mitte des Monats abzurechnen.

**Die Expedition.**

## Theatervorstellungen.

### Neues Theater.

**Donnerstag den 20. März:** 75. Abonn.-Vorstellung (3. Serie, weiß). **Gästspiel der Frau Katharina Brand.**

**Madame Sans-Gêne.**

**Lustspiel in 8 Akten und einem Vorpiel von Victorien Gordon.**

**Regie: Regisseur Hönseler.**

**Personen des Vorpiels:**

Catharine Hübscher, Wäschlerin . . . . .	Mr. Taeger
--	------------

Sergeant Lescobvre . . . . .	Mr. Otto
------------------------------	----------

Wraf Nelpperg . . . . .	Mr. Hinseler
-------------------------	--------------

Fuchs . . . . .	Mr. Waech
-----------------	-----------

Tolouin . . . . .	Mr. Hendgen
-------------------	-------------

La Monotte } Plätzlerinnen . . . . .	Mr. Huth
--------------------------------------	----------

Julie . . . . .	Mr. Huth
-----------------	----------

Vinahre, Tambour . . . . .	Mr. Greiner
----------------------------	-------------

Babouette } Nationalgardeisen . . . . .	Mr. Wehlhorn
---	--------------

Monfort } Nationalgardeisen . . . . .	Mr. Keller
---------------------------------------	------------

Jolocour . . . . .	Mr. Henning
--------------------	-------------

Ein Apotheker . . . . .	Mr. Mennier
-------------------------	-------------

Nachbarn . . . . .	Mr. Mennier, Hanke
--------------------	--------------------

Eine Nachbarin . . . . .	Mr. Kunzmann
--------------------------	--------------

Ein Friseur . . . . .	Mr. Bröwinkel
-----------------------	---------------

Wahlku, Lebzig . . . . .	Mr. Grahl
--------------------------	-----------

Bürger, Bürgerinnen und Nationalgardeisen.	Mr. Böckeler
--	--------------

**Personen des Stücks:**

Naopoleon I. . . . .	Mr. Körner
----------------------	------------

Catharine, Herzogin von Danzig . . . . .	Mr. Taeger
--	------------

Markgraf Leopold, ihr Gatte . . . . .	Mr. Hinseler
---------------------------------------	--------------

Rouibis, Herzog von Oranto . . . . .	Mr. Greiner
--------------------------------------	-------------

Königin Maria Carolina . . . . .	Mr. Hendgen
----------------------------------	-------------

Prinzessin Elsa . . . . .	Mr. Waech
---------------------------	-----------

Savran, Polizeiminister . . . . .	Mr. Otto
-----------------------------------	----------

Graf Nelpperg . . . . .
-------------------------

# 2. Beilage zu Nr. 65 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag, 20. März 1902.

## Sächsischer Landtag.

s. Dresden, 19. März.

68. Sitzung der zweiten Kammer.

Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt die

### Deutschschrift über die Besteuerung der Großbetriebe im Kleinhandel.

Abg. Rüder (Vorgermelster von Roskowin, konf.): Das vorliegende Dekret sei von der Regierung infolge eines Beschlusses der beiden Kammern des Landtags vorgelegt worden. Wenn er sich auch nicht allenfalls mit dem Schrift einverstanden erklären könne, und zwar insfern, als ein Gesetzentwurf für die Besteuerung der Großbetriebe nicht vorgelegt worden sei, so müsse er doch anerkennen, daß die Deutschschrift eine fleißige Arbeit sei. Er konstatiert das, weil die Deutschschrift in dieser Hinsicht von der Presse unberechtigterweise abfällig beurteilt worden sei. Der Redner bespricht darauf ausführlich die Vorgesetztheit der Angelegenheit und weist auf die Schlußfolgerungen der beiden Kammern hin, wonach die Regierung einen Gesetzentwurf über die Besteuerung der Großbetriebe hätte vorlegen sollen. Es sei die Frage aufgeworfen worden, ob wirklich ein Bedürfnis nach einer solchen Steuer und nach einer anderen gesetzlichen Regelung vorhanden sei, und die beiden Kammern hätten diese Frage in umweidriger Weise beantwortet. Die Stände hätten anerkannt, daß die Kaufleute und Gewerbetreibenden auch ihrerseits bestrebt sein müßten, sich selbst zu helfen, man wäre aber überzeugt gewesen, daß die Selbsthilfe allein nicht helfen könnte, sondern der Staat verpflichtet wäre, einzutreten, und zwar deshalb, weil die Großbetriebe den kleinen und mittleren Geschäftsbürgern Schwierigkeiten bereiten. Wenn man fürlisch gehört habe, daß bayerische und preußische Fabrikanten durch die Großbetriebe, ihre Abnehmer, zur Tragung der dortigen Warenhaussteuer gezwungen worden seien, so sei das ein Beweis für die Notwendigkeit eines Gesetzes für die Besteuerung der Großbetriebe. Man sollte nur daran denken, daß auch sächsische Fabrikanten in dieser Weise in Mittelschaft gezogen werden könnten. Die Stände wären der Meinung gewesen, daß die Steuer vom Lande ausgehen sollte, damit das Oblium von den Gemeinden genommen werde und eine gewisse Freiheitlichkeit in der Besteuerung herbeigeführt würde. Das Hauptgewicht in dieser Angelegenheit sei auf die sozialpolitische Seite zu legen. In erster Linie sei eine Besteuerung der Konsumvereine und ähnlicher Vereine anzustreben. Von den Beamten könne man in erster Linie verlangen, daß sie nicht noch dazu befragt durch Gründung von Konsumvereinen die Notlage des Mittelstands zu verschärfen. Man sei auch der Meinung gewesen, daß die Steuer insfern eine Kommunalsteuer bleiben sollte, als die Erträge in die Gemeindeflächen fließen. Der Redner citiert nun eine Reihe von Verhandlungen aus der Deutschschrift, die ihm nicht behagen. Die Regierung habe der im Landtag abgegebenen Erlösung, der Kammer einen Gesetzentwurf vorgelesen, leider nicht entsprochen, er könne aber namens seiner politischen Freunde nur erklären, daß sie nach wie vor noch der Überzeugung seien, daß es notwendig wäre, ein Landesgesetz zu erlassen, und zwar aus verschiedenen Gründen: zunächst sei nötig, einheitliche Normen zu schaffen. Dafür hätten auch nur circa 80 Gemeinden von der Befreiung Gebrauch gemacht, keine Sondersteuer für Großbetriebe einzuführen. Die Gemeinden wünschten eben eine landesgesetzliche Regelung dieser Frage, wie sich verschlebend gezeigt habe. In Dresden und Leipzig seien die Verhandlungen über die Einführung der Steuer zurückgestellt worden in Rücksicht darauf, daß der Landtag ein Gesetz vorgelegt würde. Dasselbe galt auch für Chemnitz. Dort habe man ebenfalls ein Landesgesetz für wünschenswert erachtet. Die Umsatzsteuer müsse auch deshalb mit den Landesgesetzen in Einklang gebracht werden, weil einige Gemeinden bereits Schwierigkeiten bereitet worden seien. So habe das Oberverwaltungsgericht in einem Falle, der die Gemeinde Lungenau betreffe, das Regulativ für die Umsatzsteuer für ungültig erklärt und gegen das Regulativ der Gemeinde Gotha sei ein Prozeß geführt worden, der zwar vom Reichsgericht zu Gunsten des Regulativs entschieden worden wäre. Zumindest gehe daraus hervor, daß die Rechtslage einer größeren Sicherheit bedürfe, die nur durch ein Landesgesetz erreicht werden könne. Der Redner behauptet darauf die Gutachten der Handelskammer, von denen er berichtet, sie seien lediglich Vertreter der Großbetriebe.

Von der Sozialdemokratie werde er oft als der Vater der Umsatzsteuer bezeichnet. Diese Steuer habe aber auch eine Mutter und das sei die Bittauer Handelskammer, die 1894 die Einführung einer Umsatzsteuer für notwendig erklärt habe. Bedauerlich sei nur, daß diese jetzt ihr eigenes Kind verleugne und sich fürlisch gegen die Steuer erklärt habe. In der Deutschschrift seien vielmehr die Vorteile erwähnt worden, die die Konsumvereine bieten; er hätte gewünscht, daß man auch die Fälle angeführt hätte, wo Konsumvereine beim Bankrott verfallen seien und viele kleine Leute betroffen hätten, wie das in Döbeln, Freiberg und Mittweida der Fall gewesen sei.

Zum Schluss gibt der Redner dem Wunsche Ausdruck, daß die Regierung eine Bereitwilligkeit zeigen möge, gewerbliche Genossenschaften zu unterstützen, die sie den Kleingerbetreibenden in der Deutschschrift empfehle. (Beifall.)

Abg. Rollfuß (nat.-lb.): (Sekretär der Bittauer Handelskammer): Der Abg. Rüder hat die Bittauer Handelskammer als die Mutter der Umsatzsteuer bezeichnet. Er (Redner) wollte zugeben, daß sich die Bittauer Handelskammer 1894 für eine Sondersteuer für Konsumvereine ausgesprochen habe und somit einen anderen Standpunkt angenommen hat, als 1902. Es ist aber doch keine Schande, seine Meinung zu ändern. Meine politischen Freunde erkennen rückhaltlos an, daß dem gewerblichen Mittelstand und dem Kleinhandel durch die Konzentration des Detailhandels Schwierigkeiten entstehen. Aber nicht nur die Großbetriebe, sondern auch die Versandgeschäfte, Offiziersvereine, Rabattvereine, Konsumvereine usw. machen den Kaufleuten das Leben schwer. Maßnahmen gegen die Konkurrenz dieser Betriebe erscheinen uns als geboten. Wir würden daher der Regierung unsere Unterstützung nicht versagen, wenn sie zweckentsprechende Maßnahmen vorstellen würde. (Gutstimme bei den Nationalliberalen.) Mit Rücksicht auf die große Mehrheit, mit der die Kammer den Beschuß auf Einführung einer landesgesetzlichen Umsatzsteuer gefaßt hat und die große Bewegung in den Kreisen des Mittelstandes war die Vorlegung einer Sondersteuer für Großbetriebe zu erwarten. Ein Teil meiner politischen Freunde befürchtet es, daß es anders gekommen. Sie sind der Meinung, daß wenigstens ein Versuch mit der landesgesetzlichen Umsatzsteuer hätte gemacht werden müssen. Im übrigen verstehten wir die Haltung der Regierung nicht recht; entweder der Mittelstand bedarf der Hilfe einer Sondersteuer für Großbetriebe, dann muß dies auf dem Wege der Landesgesetzgebung eingeführt werden, oder man kommt zu der Überzeugung, daß dieses Mittel überhaupt verfehlt ist, dann müßte aber auch den Gemeinden der Weg zur Umsatzsteuer versperrt werden. (Sehr richtig!)

Ein anderer Teil meiner politischen Freunde hält die Umsatzsteuer überhaupt für bedenklich, weil sie auf Fabrikanten und von diesen stützlich auf die Arbeiter abgenötigt würde, so daß die Folge eine Beeinträchtigung der Löhne sein würde. Der Fabrikant sieht der Zunahme der Großhändler, ihm einen der Umsatzsteuer entsprechenden Rabatt zu gewähren, zunehmend machtlos gegenüber, wenn er auf die Aufräge der Großbetriebe nicht verzichten wolle. Beide Auschauungen meiner politischen Freunde aber vereinigen sich in ihrer Auseinandersetzung, daß es Pflicht der Kammer sei, auf das eine schiedsweise das Für und Wider zu erörtern, damit diese schwierige Frage endgültig erlebt werden könnte. Wir können es aber nicht verstehen, wenn die Regierung in der Deutschschrift noch ein Mittelding schafft zwischen lauterem und unlauterem Wettbewerb

wir sind vielmehr der Meinung, daß der unlautere Wettbewerb auf alle Fälle zu bestrafen, aber nicht zu versteuern ist. Meine Freunde werden einstimmig dem Antrage auf Überweisung der Deutschschrift an die Gesetzgebungsdeputation zustimmen und wir geben uns der Hoffnung hin, daß dort diese hochbedeutende Frage klar beantwortet wird. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Rehmann (konf.): Die Schwierigkeiten, unter denen der Mittelstand leide, seien auf die Gewerbefreiheit zurück zu führen. Wir haben dagegen seit 30 Jahren gearbeitet und gestrebt, aber doch nichts erreicht. Das Hauptziel sei eben das Großkapital. Das habe das Kleinhandwerk schon lange empfunden, und das empfände man jetzt auch im Kleinhandel. Das wirklische Mittel gegen die Konsumvereine und sonstigen Großbetriebe sei eine Umsatzsteuer.

Abg. Voßpold (konf.): Als Mitglied der Gesetzgebungsdeputation sei er nicht davon erbaut, daß die Deutschschrift dieser Deputation überwiesen werde solle. Er sei sich bewußt, daß man der Deputation eine hochbedeutende, aber auch schwierige Aufgabe stelle. Er hoffe, daß man doch noch auf eine landesgesetzliche Regelung der Angelegenheit zukommen werde. Nachdem Preußen und Bayern mit einer Warenhaussteuer vorgegangen sei, könne Sachsen nicht zurückbleiben, wenn Sachsen nicht zum Tummelpfad für Großbetriebe im Kleinhandel werden solle.

Staatsminister v. Meissel: Ich bin der Ansicht, daß in der Deutschschrift die Frage der Besteuerung des Großbetriebes in einer Weise klar gelegt und beantwortet ist, daß Sie kaum erwartet können, daß heute vom Regierungsratliche aus nochmals in eine eingehende principielle Besprechung dieser Frage eingetreten werden wird. Ich glaube aber doch mit Rücksicht auf die Stellungnahme einzelner Vorredner heute nicht ganz schweigen zu dürfen. Vor allen Dingen möchte ich aber konstatieren, daß sich die Regierung keineswegs der Erkenntnis versiegt, daß wir gegenwärtig leider mit einer unverkennbaren Notlage im Kleinhandel zu rechnen haben und es eine selbstverständliche Pflicht der Regierung ist, thunlich auf Mittel und Wege zu rünnen, unter deren Anwendung und Befreiung man hoffen kann, den bestehenden Uebelständen wenigstens einige Abhilfe zu schaffen. Die Regierung erkennt vollständig ihre Pflicht und es ist ihr ernst mit Erfüllung der Pflicht, dem Mittelstand abzuhelfen und zur Erfahrung zu führen. (Beifall.) Ich halte mich für verpflichtet, dies heute nochmals auszusprechen, und zwar umso mehr, als eine teilweise in der Presse allemal abfällig gebliebene Kritik auf den Standpunkt auftaucht, der die Regierung keineswegs verschlägt, daß wir gegenwärtig leider mit einer unverkennbaren Notlage im Kleinhandel zu rechnen haben und es eine selbstverständliche Pflicht der Regierung ist, thunlich auf Mittel und Wege zu rünnen, unter deren Anwendung und Befreiung man hoffen kann, den bestehenden Uebelständen wenigstens einige Abhilfe zu schaffen. Die Regierung erkennt vollständig ihre Pflicht und es ist ihr ernst mit Erfüllung der Pflicht, dem Mittelstand abzuhelfen und zur Erfahrung zu führen. (Beifall.)

Ich halte mich für verpflichtet, dies heute nochmals auszusprechen, und zwar umso mehr, als eine teilweise in der Presse allemal abfällig gebliebene Kritik auf den Standpunkt auftaucht, der die Regierung keineswegs verschlägt, daß wir gegenwärtig leider mit einer unverkennbaren Notlage im Kleinhandel zu rechnen haben und es eine selbstverständliche Pflicht der Regierung ist, thunlich auf Mittel und Wege zu rünnen, unter deren Anwendung und Befreiung man hoffen kann, den bestehenden Uebelständen wenigstens einige Abhilfe zu schaffen. Die Regierung erkennt vollständig ihre Pflicht und es ist ihr ernst mit Erfüllung der Pflicht, dem Mittelstand abzuhelfen und zur Erfahrung zu führen. (Beifall.) Ich halte mich für verpflichtet, dies heute nochmals auszusprechen, und zwar umso mehr, als eine teilweise in der Presse allemal abfällig gebliebene Kritik auf den Standpunkt auftaucht, der die Regierung keineswegs verschlägt, daß wir gegenwärtig leider mit einer unverkennbaren Notlage im Kleinhandel zu rechnen haben und es eine selbstverständliche Pflicht der Regierung ist, thunlich auf Mittel und Wege zu rünnen, unter deren Anwendung und Befreiung man hoffen kann, den bestehenden Uebelständen wenigstens einige Abhilfe zu schaffen. Die Regierung erkennt vollständig ihre Pflicht und es ist ihr ernst mit Erfüllung der Pflicht, dem Mittelstand abzuhelfen und zur Erfahrung zu führen. (Beifall.) Ich halte mich für verpflichtet, dies heute nochmals auszusprechen, und zwar umso mehr, als eine teilweise in der Presse allemal abfällig gebliebene Kritik auf den Standpunkt auftaucht, der die Regierung keineswegs verschlägt, daß wir gegenwärtig leider mit einer unverkennbaren Notlage im Kleinhandel zu rechnen haben und es eine selbstverständliche Pflicht der Regierung ist, thunlich auf Mittel und Wege zu rünnen, unter deren Anwendung und Befreiung man hoffen kann, den bestehenden Uebelständen wenigstens einige Abhilfe zu schaffen. Die Regierung erkennt vollständig ihre Pflicht und es ist ihr ernst mit Erfüllung der Pflicht, dem Mittelstand abzuhelfen und zur Erfahrung zu führen. (Beifall.) Ich halte mich für verpflichtet, dies heute nochmals auszusprechen, und zwar umso mehr, als eine teilweise in der Presse allemal abfällig gebliebene Kritik auf den Standpunkt auftaucht, der die Regierung keineswegs verschlägt, daß wir gegenwärtig leider mit einer unverkennbaren Notlage im Kleinhandel zu rechnen haben und es eine selbstverständliche Pflicht der Regierung ist, thunlich auf Mittel und Wege zu rünnen, unter deren Anwendung und Befreiung man hoffen kann, den bestehenden Uebelständen wenigstens einige Abhilfe zu schaffen. Die Regierung erkennt vollständig ihre Pflicht und es ist ihr ernst mit Erfüllung der Pflicht, dem Mittelstand abzuhelfen und zur Erfahrung zu führen. (Beifall.) Ich halte mich für verpflichtet, dies heute nochmals auszusprechen, und zwar umso mehr, als eine teilweise in der Presse allemal abfällig gebliebene Kritik auf den Standpunkt auftaucht, der die Regierung keineswegs verschlägt, daß wir gegenwärtig leider mit einer unverkennbaren Notlage im Kleinhandel zu rechnen haben und es eine selbstverständliche Pflicht der Regierung ist, thunlich auf Mittel und Wege zu rünnen, unter deren Anwendung und Befreiung man hoffen kann, den bestehenden Uebelständen wenigstens einige Abhilfe zu schaffen. Die Regierung erkennt vollständig ihre Pflicht und es ist ihr ernst mit Erfüllung der Pflicht, dem Mittelstand abzuhelfen und zur Erfahrung zu führen. (Beifall.) Ich halte mich für verpflichtet, dies heute nochmals auszusprechen, und zwar umso mehr, als eine teilweise in der Presse allemal abfällig gebliebene Kritik auf den Standpunkt auftaucht, der die Regierung keineswegs verschlägt, daß wir gegenwärtig leider mit einer unverkennbaren Notlage im Kleinhandel zu rechnen haben und es eine selbstverständliche Pflicht der Regierung ist, thunlich auf Mittel und Wege zu rünnen, unter deren Anwendung und Befreiung man hoffen kann, den bestehenden Uebelständen wenigstens einige Abhilfe zu schaffen. Die Regierung erkennt vollständig ihre Pflicht und es ist ihr ernst mit Erfüllung der Pflicht, dem Mittelstand abzuhelfen und zur Erfahrung zu führen. (Beifall.) Ich halte mich für verpflichtet, dies heute nochmals auszusprechen, und zwar umso mehr, als eine teilweise in der Presse allemal abfällig gebliebene Kritik auf den Standpunkt auftaucht, der die Regierung keineswegs verschlägt, daß wir gegenwärtig leider mit einer unverkennbaren Notlage im Kleinhandel zu rechnen haben und es eine selbstverständliche Pflicht der Regierung ist, thunlich auf Mittel und Wege zu rünnen, unter deren Anwendung und Befreiung man hoffen kann, den bestehenden Uebelständen wenigstens einige Abhilfe zu schaffen. Die Regierung erkennt vollständig ihre Pflicht und es ist ihr ernst mit Erfüllung der Pflicht, dem Mittelstand abzuhelfen und zur Erfahrung zu führen. (Beifall.) Ich halte mich für verpflichtet, dies heute nochmals auszusprechen, und zwar umso mehr, als eine teilweise in der Presse allemal abfällig gebliebene Kritik auf den Standpunkt auftaucht, der die Regierung keineswegs verschlägt, daß wir gegenwärtig leider mit einer unverkennbaren Notlage im Kleinhandel zu rechnen haben und es eine selbstverständliche Pflicht der Regierung ist, thunlich auf Mittel und Wege zu rünnen, unter deren Anwendung und Befreiung man hoffen kann, den bestehenden Uebelständen wenigstens einige Abhilfe zu schaffen. Die Regierung erkennt vollständig ihre Pflicht und es ist ihr ernst mit Erfüllung der Pflicht, dem Mittelstand abzuhelfen und zur Erfahrung zu führen. (Beifall.) Ich halte mich für verpflichtet, dies heute nochmals auszusprechen, und zwar umso mehr, als eine teilweise in der Presse allemal abfällig gebliebene Kritik auf den Standpunkt auftaucht, der die Regierung keineswegs verschlägt, daß wir gegenwärtig leider mit einer unverkennbaren Notlage im Kleinhandel zu rechnen haben und es eine selbstverständliche Pflicht der Regierung ist, thunlich auf Mittel und Wege zu rünnen, unter deren Anwendung und Befreiung man hoffen kann, den bestehenden Uebelständen wenigstens einige Abhilfe zu schaffen. Die Regierung erkennt vollständig ihre Pflicht und es ist ihr ernst mit Erfüllung der Pflicht, dem Mittelstand abzuhelfen und zur Erfahrung zu führen. (Beifall.) Ich halte mich für verpflichtet, dies heute nochmals auszusprechen, und zwar umso mehr, als eine teilweise in der Presse allemal abfällig gebliebene Kritik auf den Standpunkt auftaucht, der die Regierung keineswegs verschlägt, daß wir gegenwärtig leider mit einer unverkennbaren Notlage im Kleinhandel zu rechnen haben und es eine selbstverständliche Pflicht der Regierung ist, thunlich auf Mittel und Wege zu rünnen, unter deren Anwendung und Befreiung man hoffen kann, den bestehenden Uebelständen wenigstens einige Abhilfe zu schaffen. Die Regierung erkennt vollständig ihre Pflicht und es ist ihr ernst mit Erfüllung der Pflicht, dem Mittelstand abzuhelfen und zur Erfahrung zu führen. (Beifall.) Ich halte mich für verpflichtet, dies heute nochmals auszusprechen, und zwar umso mehr, als eine teilweise in der Presse allemal abfällig gebliebene Kritik auf den Standpunkt auftaucht, der die Regierung keineswegs verschlägt, daß wir gegenwärtig leider mit einer unverkennbaren Notlage im Kleinhandel zu rechnen haben und es eine selbstverständliche Pflicht der Regierung ist, thunlich auf Mittel und Wege zu rünnen, unter deren Anwendung und Befreiung man hoffen kann, den bestehenden Uebelständen wenigstens einige Abhilfe zu schaffen. Die Regierung erkennt vollständig ihre Pflicht und es ist ihr ernst mit Erfüllung der Pflicht, dem Mittelstand abzuhelfen und zur Erfahrung zu führen. (Beifall.) Ich halte mich für verpflichtet, dies heute nochmals auszusprechen, und zwar umso mehr, als eine teilweise in der Presse allemal abfällig gebliebene Kritik auf den Standpunkt auftaucht, der die Regierung keineswegs verschlägt, daß wir gegenwärtig leider mit einer unverkennbaren Notlage im Kleinhandel zu rechnen haben und es eine selbstverständliche Pflicht der Regierung ist, thunlich auf Mittel und Wege zu rünnen, unter deren Anwendung und Befreiung man hoffen kann, den bestehenden Uebelständen wenigstens einige Abhilfe zu schaffen. Die Regierung erkennt vollständig ihre Pflicht und es ist ihr ernst mit Erfüllung der Pflicht, dem Mittelstand abzuhelfen und zur Erfahrung zu führen. (Beifall.) Ich halte mich für verpflichtet, dies heute nochmals auszusprechen, und zwar umso mehr, als eine teilweise in der Presse allemal abfällig gebliebene Kritik auf den Standpunkt auftaucht, der die Regierung keineswegs verschlägt, daß wir gegenwärtig leider mit einer unverkennbaren Notlage im Kleinhandel zu rechnen haben und es eine selbstverständliche Pflicht der Regierung ist, thunlich auf Mittel und Wege zu rünnen, unter deren Anwendung und Befreiung man hoffen kann, den bestehenden Uebelständen wenigstens einige Abhilfe zu schaffen. Die Regierung erkennt vollständig ihre Pflicht und es ist ihr ernst mit Erfüllung der Pflicht, dem Mittelstand abzuhelfen und zur Erfahrung zu führen. (Beifall.) Ich halte mich für verpflichtet, dies heute nochmals auszusprechen, und zwar umso mehr, als eine teilweise in der Presse allemal abfällig gebliebene Kritik auf den Standpunkt auftaucht, der die Regierung keineswegs verschlägt, daß wir gegenwärtig leider mit einer unverkennbaren Notlage im Kleinhandel zu rechnen haben und es eine selbstverständliche Pflicht der Regierung ist, thunlich auf Mittel und Wege zu rünnen, unter deren Anwendung und Befreiung man hoffen kann, den bestehenden Uebelständen wenigstens einige Abhilfe zu schaffen. Die Regierung erkennt vollständig ihre Pflicht und es ist ihr ernst mit Erfüllung der Pflicht, dem Mittelstand abzuhelfen und zur Erfahrung zu führen. (Beifall.) Ich halte mich für verpflichtet, dies heute nochmals auszusprechen, und zwar umso mehr, als eine teilweise in der Presse allemal abfällig gebliebene Kritik auf den Standpunkt auftaucht, der die Regierung keineswegs verschlägt, daß wir gegenwärtig leider mit einer unverkennbaren Notlage im Kleinhandel zu rechnen haben und es eine selbstverständliche Pflicht der Regierung ist, thunlich auf Mittel und Wege zu rünnen, unter deren Anwendung und Befreiung man hoffen kann, den bestehenden Uebelständen wenigstens einige Abhilfe zu schaffen. Die Regierung erkennt vollständig ihre Pflicht und es ist ihr ernst mit Erfüllung der Pflicht, dem Mittelstand abzuhelfen und zur Erfahrung zu führen. (Beifall.) Ich halte mich für verpflichtet, dies heute nochmals auszusprechen, und zwar umso mehr, als eine teilweise in der Presse allemal abfällig gebliebene Kritik auf den Standpunkt auftaucht, der die Regierung keineswegs verschlägt, daß wir gegenwärtig leider mit einer unverkennbaren Notlage im Kleinhandel zu rechnen haben und es eine selbstverständliche Pflicht der Regierung ist, thunlich auf Mittel und Wege zu rünnen, unter deren Anwendung und Befreiung man hoffen kann, den bestehenden Uebelständen wenigstens einige Abhilfe zu schaffen. Die Regierung erkennt vollständig ihre Pflicht und es ist ihr ernst mit Erfüllung der Pflicht, dem Mittelstand abzuhelfen und zur Erfahrung zu führen. (Beifall.) Ich halte mich für verpflichtet, dies heute nochmals auszusprechen, und zwar umso mehr, als eine teilweise in der Presse allemal abfällig gebliebene Kritik auf den Standpunkt auftaucht, der die Regierung keineswegs verschlägt, daß wir gegenwärtig leider mit einer unverkennbaren Notlage im Kleinhandel zu rechnen haben und es eine selbstverständliche Pflicht der Regierung ist, thunlich auf Mittel und Wege zu rünnen, unter deren Anwendung und Befreiung man hoffen kann, den bestehenden Uebelständen wenigstens einige Abhilfe zu schaffen. Die Regierung erkennt vollständig ihre Pflicht und es ist ihr ernst mit Erfüllung der Pflicht, dem Mittelstand abzuhelfen und zur Erfahrung zu führen. (Beifall.) Ich halte mich für verpflichtet, dies heute nochmals auszusprechen, und zwar umso mehr, als eine teilweise in der Presse allemal abfällig gebliebene Kritik auf den Standpunkt auftaucht, der die Regierung keineswegs verschlägt, daß wir gegenwärtig leider mit einer unverkennbaren Notlage im Kleinhandel zu rechnen haben und es eine selbstverständliche Pflicht der Regierung ist, thunlich auf Mittel und Wege zu rünnen, unter deren Anwendung und Befreiung man hoffen kann, den bestehenden Uebelständen wenigstens einige Abhilfe zu schaffen. Die Regierung erkennt vollständig ihre Pflicht und es ist ihr ernst mit Erfüllung der Pflicht, dem Mittelstand abzuhelfen und zur Erfahrung zu führen. (Beifall.) Ich halte mich für verpflichtet, dies heute nochmals auszusprechen, und zwar umso mehr, als eine teilweise in der Presse allemal abfällig gebliebene Kritik auf den Standpunkt auftaucht, der die Regierung keineswegs verschlägt, daß wir gegenwärtig leider mit einer unverkennbaren Notlage im Kleinhandel zu rechnen haben und es eine selbstverständliche Pflicht der Regierung ist, thunlich auf Mittel und Wege zu rünnen, unter deren Anwendung und Befreiung man hoffen kann, den bestehenden Uebelständen wenigstens einige Abhilfe zu schaffen. Die Regierung erkennt vollständig ihre Pflicht und es ist ihr ernst mit Erfüllung der Pflicht, dem Mittelstand abzuhelfen und zur Erfahrung zu führen. (Beifall.) Ich halte mich für verpflichtet, dies heute nochmals auszusprechen, und zwar umso mehr, als eine teilweise in der Presse allemal abfällig gebliebene Kritik auf den Standpunkt auftaucht, der die Regierung keineswegs verschlägt, daß wir gegenwärtig leider mit einer unverkennbaren Notlage im Kleinhandel zu rechnen haben und es eine selbstverständliche Pflicht der Regierung ist, thunlich auf Mittel und Wege zu rünnen, unter deren Anwendung und Befreiung man hoffen kann, den bestehenden Uebelständen wenigstens einige Abhilfe zu schaffen. Die Regierung erkennt vollständig ihre Pflicht und es ist ihr ernst mit Erfüllung der Pflicht, dem Mittelstand abzuhelfen und zur Erfahrung zu führen. (Beifall.) Ich halte mich für verpflichtet, dies heute nochmals auszusprechen, und

# Viele Leute glauben,

es sei vorteilhaft, eine billige Sorte Kaffee zu kaufen. Das ist aber ein großer Irrtum! Man nehme lieber einen guten Kaffee und setze  $\frac{1}{2}$  bis  $\frac{1}{3}$  Rathreiners Malzkaffee hinzu. Das gibt ein vorzügliches, wohlschmeidendes und sehr bekömmliches Getränk zu mäßigem Preise.

## Rekruten, Wahren!

Sonntag den 23. März nachm. 1/3 Uhr  
Rekruten-Besprechung in der Salzmeste.

## Freunde und Genossen

vergeht den besten Wirt nicht.

**Rohlands Max.**, Seeburgstraße 58.



Wasserwagen.

**Spitz- u. Radhaken.**

**Schaufeln und Spaten.**

Verz. Drahtgeflechte.

Werkzeuge für Maurer

Bimmerer, Tischler, Schlosser.

**Möbel- und**

**Baubeschläge.**

## Alwin Richter

Eisenwarenhandlung

Reudnitz, Dresdener Str. 37

nahe am Rathaus. [791]



Ein Brot umsonst

ob. 10 Pf. Kartoffeln ob. 2 Pf. Mehl

ob. 2 Pf. Quark ob. 2 Pf. Milch ob.

3 Pf. Buttermilch ob.  $\frac{1}{2}$  Pf. Eier ob.

3 Flaschen Bier bei Einfahrt von 1 Pf.

**Mohra-Butterersatz** (Pfd. 1 Pf.) bei

**Hechts Molk.**, Raut. Steinweg 26.



Hut- und Mützenlage

für Herren und Knaben von billigen

bis teuren Qual. hat unstreitig der

## Strassburger Hüt-Bazar

Joh.: Gustav Lange

1. Gele. Ortsmauer Steinweg 15

2. Gele. Windmühlenstraße 24

3. Gele. Peterssteinweg 3

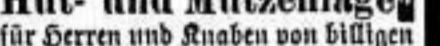
4. Gele. Wintergartenstraße 11.

Verlassen Sie nicht, vor Einkauf

meine Schaufenster zu beschließen.

Konfirmanden-Hüte, Schirme.

Neu aufgenommen: Schülermützen.



Das grösste

Hut- und Mützenlager

für Herren und Knaben von billigen

bis teuren Qual. hat unstreitig der

## Strassburger Hüt-Bazar

Joh.: Gustav Lange

1. Gele. Ortsmauer Steinweg 15

2. Gele. Windmühlenstraße 24

3. Gele. Peterssteinweg 3

4. Gele. Wintergartenstraße 11.

Verlassen Sie nicht, vor Einkauf

meine Schaufenster zu beschließen.

Konfirmanden-Hüte, Schirme.

Neu aufgenommen: Schülermützen.



Sofort darauf zu warten.

Herrenschuhe u. Absatzflecke v. 1.90 an

Damenabschuh u. Absatzflecke v. 1.50 an

Kinderabschuh u. Absatzflecke 0.80—1.50

Glocken, Schuhverband, schnell, gut, billig

Gummijüge 1 Pf. **Münzgasse 7.**



Dampfschnellsohlerie Münzgasse 7.



Ernst Vollbach

Goldarbeiter [9742]

L.-Plagwitz

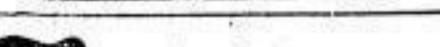
49 Karl Heine-Str. 49.

Lager-Gold- u. Silberwaren,

Werkstatt für Neuarbeiten

und Reparaturen.

10 Prozent Rabatt.



Zum bevorst. Umzug!

**Möbelfuhrern**

jeder Art billigst.



Anton Böttcher

Möbeltransporthaus [2342]

L.-Kleinsohocher, Lutherstraße 5.



## Konkurs-Ausverkauf

der A. Hunoldischen Kaffee.

Herren-Anzüge	von 10—80 M.	Stoff-Leibchenhosen	75 Pf. bis 1.10 M.
	früher 18—45 "	Arbeitshosen	1.50—8.50 "
Burkinnen-Anzüge	von 0.50—15 "	Prima Winterjacken	4—8 "
Stoffhosen für Herren	1.45—7.50 "	Paletots für Herren	8—24 "
" Burkinnen	1—8 "	Jünglinge	5—15 "
" Knaben	90 Pf. b. 1.50 "	Knaben-Mäntel	8—4.50 "
		und andere Waren.	

**5 Kleine Fleischergasse 5.**

An den Stufen. [2490]

An  
**Jedermann**

liefer ich

**Möbel, Konfektion, Kleiderstoffe**

Teilzahlung

**S. Sachs**

Gegr. 1880. Nikolsaistr. 31.

## Cigarren, Cigaretten

und Tabak empfiehlt

E. Krieblér, 2. Plagwitz

Plagwitzer Straße 50.

NB. Abonnement auf die Volkszeitung

werden jederzeit entgegen genommen.

**Montag u. Freitag Schlachtfest**

Bon frisch  $\frac{1}{2}$  Pf. Uhr an Wellblech.

E. Vettors, Lübeckerstr. 16.

Hente frischgeschlacht. Rossfleisch.

G. Köppé, Kleinsoh., Lutherstr. 14.

Bierte zum Schlachten kauft D. O.

**Gardinen**

in weiß und crème

für 1 bis 4 Fenster passend

statt 1.4.—7.—9.—12.—

jetzt 1.25,—4.—5.75,—8.—

kommen in dieser Woche zu ganz

außerordentlich herabgesetzten

Preisen zum Verkauf. [2158]

**Hugo Blum**

Wäsche- u. Ausstattungsmagazin

9 Reichsstrasse 9

part. 1. n. 2. Etg.

**Photographische Apparate**

liefer. in Teilzahlungen

**Arthur Gasch**

Burgstr. 25 (neben d. Thüringer Hof).

**R. Schaarschmidt**

Plagwitz, Karl Heine-Str. 59

empfiehlt sein [1800]

großes Uhren- und

Goldwaren-Lager

zu Konfirmationsgeschenken.

Schiff. Garantie. — Billige Preise.

**Zum bevorst. Umzug!**

**Möbelfuhrern**

jeder Art billigst.

**Anton Böttcher**

Möbeltransporthaus [2342]

L.-Kleinsohocher, Lutherstraße 5.

## Altes Gold

taust g. höchst. Preisen  
Übernacher Booker  
Raast. Stetnweg 88.

## Weisses Druckpapier

in Bogen und Rollenresten hat billig  
abzugeben  
Buchdruckerei Tauchaer Str. 19/21.

## Warzen und Gewichse

besiegt: Ernst Ulrich, Barbier  
die Rollen und Brandverkäufer.

## Käufe und Verkäufe.

Gebr. Singer-Nähmaschinen  
von 15 M. an. Reparatur. u. Ersatzteile  
billig. Alleinw. b. Original-Victoria.  
Zugfahrt in der modernen Kunstdräder.  
H. Schub, Peterstraße 34, im Hof.

## Sweaters!

Wieberum ist ein großer Posten der so  
billig. Sweaters für Herren u. Knab.  
sow. Strickwesten hergestellt, welche  
zu ganz abnorm billig. Preis, abgibt  
die Fabrik Weststr. 67, pt.  
P. S. Zu Herrengr. schon v. 7.15,—  
in Knabengr. schon v. 7.50,—Jahnsang.

Fahrradmäntel v. M. 7 an, Luftschlauch  
M. 4.50 u. 5. Humboldtstr. 38.

Handau. Geschäftsw. v. d. Reichenbachstr. 67

Prima Baumwolle 6.50 M. Prima

Aufzugschläuche 5 M. Reparaturen an